Nr. 170. 18. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1901 unter Nr. 7071. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen" jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort fett). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Mittwoch, den 24. Juli 1901.

Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3. Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Fabrikinspektoren über die Wohnungsnot.

Mehr als früher haben die Fabrikinspektoren im letzten Jahre den Wohnungsverhältnissen der arbeitenden Bevölkerung ihre Aufmerksamkeit gewidmet. In den Berichten der preußischen Regierungs- und Gewerberäte finden sich zahlreiche Mitteilungen, die, obwohl einzelne von ihnen eine tendenziöse Schönfärberei erkennen lassen, doch von neuem den Beweis dafür erbringen, daß die Wohnungsnot in ständigem Wachsen begriffen ist. Fast aus allen Bezirken wird über unverhältnismäßig hohe Mietssteigerungen, über Mangel an kleinen Wohnungen, über Obdachlosigkeit und all' die übrigen Mißstände berichtet, die die Wohnungsnot im Gefolge hat.

In den Berliner Vororten steht nach dem amtlichen Zugeständnis die nötige Herstellung und Vermehrung von Arbeiterwohnungen in keinem richtigen Verhältnis zur industriellen Entwicklung. Den Grund dafür erblickt der Gewerberat für den Bezirk Potsdam ganz richtig darin, daß der größte Teil des in Frage kommenden bebauungsfähigen Landes sich in den Händen kapitalkräftiger Leute befindet, die in der Lage sind, ein immer höheres Steigen der Bodenpreise abzuwarten. Wenn der Herr Regierungsrat aber weiter das Nachlassen der Bauthätigkeit auch mit der Steigerung der Materialienpreise und der Löhne der Bauarbeiter zu erklären versucht, so wissen wir ihm darauf nicht besser zu erwidern, als mit den Worten eines andren preußischen Regierungsrats, des Professors Adolf Wagner: „Ihr Pharisäer und Schalksnarren, das hebt ihr hervor, den Splitter in unsrem Auge seht ihr, daß wir etwas mehr Lohn verlangen und dadurch das Bauen etwas verteuern; aber über den riesigen Balken in eurem Auge geht ihr leicht hinweg, daß ihr das Zehnfache der Verteuerung durch die Bodenspekulation herbeiführt, indem ihr den Grund und Boden so maßlos in die Höhe treibt."

Es giebt kaum einen einzigen Bezirk, aus dem nicht über Wohnungsmangel berichtet wird. In Berlin und Charlottenburg, heißt es, wird der Mangel an kleinen Wohnungen nach wie vor schwer empfunden. Die Mietspreise haben eine weitere bedeutende Steigerung erfahren, und es kann nicht bezweifelt werden, daß viele Arbeiterfamilien gezwungen worden sind, ihre bisherigen Wohnungen mit weniger guten zu vertauschen. Der Gewerbe-Inspektor in Frankfurt a. O. stellt fest, daß die Arbeiter in teueren und schlechten Mietswohnungen untergebracht sind; im Bezirk Landsberg a. W. sind die Wohnungsverhältnisse der Arbeiterbevölkerung — abgesehen von der Stadt selbst, wo sie noch als „befriedigend" bezeichnet werden können —, meist schlechte und am schlechtesten auf dem flachen Lande. Dabei sind die Mietsbeträge unverhältnismäßig hoch; vielfach wurde ermittelt, daß die Arbeiter ein Fünftel ihres Verdienstes an Wohnungsmiete aufwenden müssen. Aus Luckenwalde soll sogar die traurige Beschaffenheit der vorhandenen Wohnungen die Arbeiter nach Berlin „verscheucht" haben; es fehlen dort für etwa 10 Proz. der Arbeiter Wohnungen. In Merseburg schreitet die Verbesserung der Wohnungsverhältnisse nur sehr langsam vorwärts, im Bezirk Erfurt werden die Mieten der Wohnungen höher und höher. Im Regierungsbezirk Schleswig ist der Mangel an Wohnungen in einzelnen Städten so groß, daß zahlreiche Familien obdachlos sind. So sah sich zum Beispiel die Stadt Kiel, um der augenblicklichen Not zu steuern, veranlaßt, 101 Familien mit 650 Köpfen, weil obdachlos, in städtischen Gebäuden (Turnhallen, Baracken, Armen- und Krankenhaus, Mietswohnungen und dergleichen), unterzubringen. 14 Familien haben sich sogar in Gartenhütten (aus Brettern hergerichtet) einlogiert. Im Bezirk Hannover lassen die Wohnungen der Arbeiter „noch viel zu wünschen übrig", in Münster sind die Wohnungsmieten erheblich gestiegen, in Köln machte sich eine fortdauernde Steigerung des Mietspreises bemerkbar, „deren Ende mit Rücksicht auf die Bauthätigkeit nicht abzusehen ist". Bei der dortigen Wohnungsnachweis-Anstalt war in der Zeit vom 1. Juli 1899 bis zum 30. Juni 1900 die Anfrage nach Wohnungen ziemlich doppelt so groß wie das Angebot.

Auch auf dem platten Lande sind die Wohnungsverhältnisse teilweise recht traurige. Das gilt namentlich für einige ländliche Bezirke in Ostelbien, z. B. für die Kreise Carthaus, Berent, Pr. Stargard. Zuweilen zeichnet sich nach dem Bericht des Gewerbe-Inspektors in Danzig das Wohnhaus von den Ställen und Scheunen nur durch größere Baufälligkeit aus. Im Dorfe Gramtschen, Kreis Thorn, wohnt ein Teil der Ziegelei-Arbeiter mit den Familien in Räumen, die auch bei den bescheidensten Ansprüchen nicht als menschenwürdig bezeichnet werden können." Aber trotzdem war es nach Ansicht des Berichterstatters nicht ratsam, polizeilich einzuschreiten, da andre geeignete Wohnungen im Dorfe nicht vorhanden waren und die schon bestehende Wohnungsnot dadurch verschärft worden wäre.

Nicht nur, daß in fast ganz Preußen die Arbeiterwohnungen schlecht und teuer sind, hat in einigen Bezirken ihre Beschaffenheit auch große Gefahren für die Gesundheit und Sittlichkeit in dem Gefolge. So bestand z. B. in Elbing in den älteren Stadtteilen die Mehrzahl der besichtigten Wohnungen aus einem einzigen Raum; dazu kam auf dem Flur ein gemauerter Steinpfeiler, auf welchem in der Weise längst vergangener Zeiten mit offenem Feuer gekocht wurde. Diese Wohnungen wurden zu „recht teurem" Preise vermietet. Auffallend war bei den meisten Arbeiterhäusern die geringe Zahl der Aborte. Es wurde z. B. festgestellt, daß in einem Häuserkomplex ein Abort von acht Familien benutzt werden mußte. Andre mehrfach vorgefundene Einrichtungen haben zwei und mehr Sitze ohne Trennungsrand. Bei einer Anlage giebt es zwar zwei getrennte Abteilungen mit je 4 Sitzen für die Geschlechter, in den Abteilungen aber keine Scheidewand. Die acht Sitze dienen für mehrere Häuser, in denen etwa 150 Leute wohnen. Bei solchen Zuständen ist natürlich nicht zu verwundern, daß hier ansteckende Krankheiten vorkommen, zumal die Leute kein Trinkwasser in der Nähe haben und in Ermangelung von etwas Besserem das Wasser des sumpfigen Elbingflusses genießen. In einer Anzahl von Häusern fand sich außerdem eine wunderliche Steuer vor, nämlich eine Abgabe von 30—50 Pf. vierteljährlich für Benutzung des Aborts.

Zur Hebung der Sittlichkeit dürfte es auch kaum beitragen, wenn, wie aus dem Regierungsbezirk Frankfurt a. O. berichtet wird, selten in den Arbeiterfamilien jedes Familienmitglied sein eignes Bett hat, sondern meist nur für zwei Personen ein Bett vorhanden ist. Ja, in einem Falle waren sogar für 9 Personen nur 3 Betten da.

Recht erbauliche Wohnungszustände herrschen auch im Regierungsbezirk Oppeln. So ließ der von dem Gewerbe-Inspektor zu Kattowitz bei Gelegenheit andrer Besichtigungen gewonnene Einblick in die Wohnungen von Bauarbeitern und forstwirtschaftlichen Arbeitern schwere gesundheitliche und sittliche Schäden erkennen. Dasselbe gilt von den Unterkunftsräumen, die mit großen Hüttenwerken verbunden sind. Bei diesen mit reichen Kapitalien und großen Ueberschüssen arbeitenden Betrieben fand der Beamte mehrfach Unterkunfts-Einrichtungen von solcher Beschaffenheit, „wie sie in der kleinsten, ärmlichsten Ziegelei nicht zu dulden gewesen wären". Ebenso gab die Besichtigung der Wohnungen für die in Ziegeleien und Steinbrüchen thätigen Kampagne-Arbeiter zu zahlreichen Beanstandungen und einer größeren Anzahl von Bestrafungen Veranlassung. In 18 solchen Unterkunftsräumen der Inspektion Kattowitz waren den Arbeitern keine oder zu wenig Bettstellen, vereinzelt noch nicht einmal Strohsäcke oder Stroh zur Verfügung gestellt. Bei einem abgelegenen großen Steinbruch mußte die Frau des einen Arbeiters in einem Raum mit noch acht andren Männern schlafen.

So die amtlichen Berichte, die für sich selbst sprechen. Dabei muß man berücksichtigen, daß die Wohnungsinspektion nicht Sache der Gewerbeinspektoren ist, sondern daß es sich hier meist nur um gelegentliche Wahrnehmungen handelt. Würden wir in Preußen eine wirkliche Wohnungsinspektion besitzen, so würden voraussichtlich noch viel schwerere Mißstände an die Oeffentlichkeit kommen. Daß sich vereinzelt Arbeitgeber und Gemeinden der Abstellung der Mißstände bemächtigt haben, soll ebensowenig verkannt werden, wie die Thätigkeit der Baugenossenschaften, die in manchen Fällen ersprießliches geleistet haben. Aber zur Beseitigung des Wohnungselends sind denn doch ganz andre Maßnahmen nötig, als sie bisher ergriffen worden sind. Es ist höchste Zeit, endlich einmal mit dem alten Schlendrian zu brechen. Wenn auch an die Lösung der Wohnungsfrage innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung nicht zu denken ist, so ließen sich doch wenigstens Reformen zur Abstellung der schlimmsten Auswüchse anbahnen. Allerdings müßte der Staat hierzu mit gutem Beispiel vorangehen und durch eine Aenderung der Landesgesetze, insbesondere durch die Erweiterung des Expropriationsrechts der Gemeinden, durch Einführung des allgemeinen, gleichen direkten und geheimen Wahlrechts für die Wahlen zu Landtag und Kommunalvertretungen und durch die Beseitigung des Privilegs der Hausbesitzer die Bahn für eine von richtigen socialpolitischen Grundsätzen geleitete kommunale Wohnungspolitik frei machen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 23. Juli.

Neue Katastrophen.

Nach ein paar Tagen scheinbarer Ruhe ist jetzt die Börse wieder von neuen Schlägen heimgesucht worden. Eine förmliche Panik rief die Nachricht hervor, daß der rheinische Großindustrielle Gerhard Terlinden, einer der angesehensten und ältesten Namen der rheinischen Industrie, Vorstand der Aktiengesellschaft G. Terlinden in Oberhausen, flüchtig geworden ist und für acht bis neun Millionen Mark unerfüllte Verbindlichkeiten hinterlassen hat. Ein grandioser Schwindelbau ist da wieder zusammengebrochen, der eine Reihe Bankinstitute schwer in Mitleidenschaft zieht. Terlinden hat sich durch Vorlegung gefälschter Bücher Riesenkredite verschafft, es hat eine unrechtmäßige Ausgabe von Aktien stattgefunden. Die Konkurseröffnung der Gesellschaft erscheint unvermeidlich. Beteiligt an der Firma, folglich auch an den Millionenverlusten, sind das Bankhaus Warschauer u. Co., die Bank für Handel und Industrie, die Disconto-Gesellschaft und eine Anzahl Provinz-Bankhäuser, bei denen das Bekanntwerden dieses neuesten Zusammenbruchs einen Sturm der kleinen Sparer auf die Kasse bewirkt hat.

Das Bekanntwerden des Status der verkrachten Leipziger Bank, der noch ungünstiger ist, als man erwartet hatte, hat den Inhaber der Berliner Firma Steinsieck u. Co., den Bankier Rawitzsch, zum Selbstmord getrieben. Rawitzsch hatte seiner Zeit die faulen Kasseler Treberpapiere an der Berliner Börse eingeführt. Er hatte für eine Million Verpflichtungen übernommen, während er nur ein Vermögen von 250 000 M. besaß.

Eine weitere schlimme Nachricht waren die ausgebrochenen Schwierigkeiten bei der Rheinischen Bank in Mülheim a. d. R. Das Bankhaus diente im Interesse des Großspekulanten L. Hanau. Als die Börsenkrisis eintrat, mußte sich die Hochfinanz dieses Spekulanten annehmen, um die Börse vor einer neuen Erschütterung zu bewahren. Seitdem ging auch die Rheinische Bank rückwärts. Ihre Mittel waren größtenteils in Montanwerten festgelegt, die umso schwerer realisierbar wurden, je mehr die wirtschaftliche Lage sich verschlechterte. Jetzt hatte sie keine Barmittel mehr und war nicht im stande ihre fälligen Verbindlichkeiten in der Höhe von 3 Millionen Mark einzulösen. Um das Schlimmste zu verhüten, fand sich ein Bankenkonsortium, welches die Rheinbank „arrangierte", ihre Verpflichtungen übernahm und sie allmählich auflösen will.

Die Menge der kleinen Effektenbesitzer, die, aufgeregt durch die Krise, an die Börse stürzte und sich in blinder Angst und unter schweren Verlusten ihrer Papiere entledigte, hat sich jetzt verlaufen; das große Publikum hält sich mißtrauisch fern, und die Folge ist eine völlige Geschäftslosigkeit an der Börse. Diese Haltung der Börse ist aber bloß das Spiegelbild der wirklichen Verhältnisse der Industrie. Auf dem industriellen Markt hat der tolle Taumel der Prosperitätsperiode einer Kirchhofsstille Platz gemacht. Die Werke und Fabriken leben nur noch von der Abwicklung früherer Abschlüsse und erhoffen die Besserung von der Zukunft. Ein bedeutendes westfälisches Unternehmen, die Hasper Eisen- und Stahlwerke, welches noch im vorigen Jahre seine Aktionäre mit 30 Proz. Dividende beglückte, zahlt in diesem Jahre überhaupt nichts. Die „großen Vorräte", die großen Abschreibungen im Hinblick auf den schlechten Geschäftsgang" werden „den ganzen Gewinn aufzehren", so daß die Verwaltung überhaupt keine Dividende in Vorschlag bringt. Andere Eisenhütten, wie die Oberschlesische Eisenbahnbedarfs-Aktiengesellschaft sind zwar einigermaßen beschäftigt, jedoch zu wenig lohnenden Preisen. Recht bezeichnend für den geschäftlichen Niedergang ist der Rückgang der Versandtziffer des Westfälischen Coakssyndikats in Bochum. Im Juni des vorigen Jahrs versandte es 622 678 Tonnen, in diesem Juni nur noch 539 014 Tonnen. Vom ersten Halbjahr 1901 gegen das erste Halbjahr 1902 beträgt der Rückgang rund 107 000 Tonnen Coaks. Im Februar dieses Jahres betrug die angeordnete Fördereinschränkung erst 5 Proz., im März bereits 10 Proz., im Mai und Juni schon 20 Proz., und sie stieg für Juli, August, September auf 33⅓ Proz.

Und wie in den großen Werken der Eisenindustrie so auch in der Elektricitätsindustrie, die ihre ganze Hoffnung auf die Wiederbelebung des Geschäfts in Südafrika setzte und darin eben jetzt bitter enttäuscht worden ist, indem die de Beers-Co. die ersten großen Aufträge für elektrische Licht- und Kraftanlagen nach Amerika gegeben hat. So auch in der Textilindustrie, die unter einem außerordentlichen Rückgang der Preise zu leiden hat. —

* * *

Zur Gläubiger-Versammlung der Leipziger Bank wird uns noch geschrieben:

Als Ursache der gespannten Lage auf dem Bankenmarkt ergiebt sich, wie der „Vorwärts" neulich schon hervorhob, immer deutlicher die starke Beteiligung an industriellen Gründungen, die einmal zur Festlegung ganz unverhältnismäßig großer Mittel in industriellen Unternehmungen und andrerseits zu durchaus ungesunder Vermehrung des Accepten-Umlaufs geführt hat. Einen drastischen Beleg dafür liefert die Gläubiger-Versammlung der Leipziger Bank. Mögen auch kapitalistische Blätter für angebracht halten, die Geschäftsführung der Leipziger Bank als eine ganz exceptionelle hinzustellen; in Wirklichkeit haben die meisten anderen größeren Kreditbanken während der letzten Jahre dieselbe Praxis befolgt, und nur graduell ist ein gewisser Unterschied vorhanden.

Nach der Aufstellung der Konkursverwaltung betragen jetzt:

Die Aktiven.	M.	Die Passiven.	M.
Wechsel	7 000 000	Accepte	20 000 000
Effekten	1 500 000	Checkconto	2 500 000
Kassa	8 200 000	Bardepositen	21 600 000
Grundstücke	2 400 000	Creditoren	40 000 000
Debitoren	26 700 000	Pensionsfonds	850 000
	45 800 000		84 950 000

Danach stellt sich der Fehlbetrag auf circa 40 Millionen Mark, so daß die Aktionäre — das Aktienkapital beträgt 48 Millionen Mark — wahrscheinlich so gut wie nichts erhalten werden.

Interessant ist ein Vergleich des von der Konkursverwaltung aufgestellten Status mit dem am 26. Juni von der Direktion vorgelegten. Nach letzterem betrugen die Aktiven an:

Wechseln	26 500 000 M.
Effekten	5 500 000 „
Kassabestand	2 000 000 „
Grundstücken	2 500 000 „
Debitoren	111 500 000 „
Pfändern	4 500 000 „
Konsortialbeständen	7 000 000 „
	159 500 000 M.

Es nimmt also die Konkursverwaltung den Wert des Wechsel-Portefeuilles um 10½ Millionen Mark, den Effektenbestand um 4 Millionen Mark und die Forderungen an Debitoren um beinahe 85 Millionen Mark niedriger an, als wie der nominelle Betrag lautet; während andrerseits die Posten „Pfänder“ und „Konsortialbestände“ ganz unberücksichtigt geblieben sind. Das beweist, da der Kassenbestand nur um 6,2 Millionen Mark gewachsen ist, also nur ganz geringfügige Realisationen stattgefunden haben können, daß die Leipziger Bank sich nicht nur mit einer Kapitalsumme, die zu ihrem Aktienkapital absolut in gar keinem Verhältnis steht, an der Kasseler Trebertrocknungs-Gesellschaft beteiligt hat, — nach Bericht des Konkursverwalters beträgt die Summe 87 Mill. Mark — sondern daß sie auch andren Unternehmungen gegenüber in derselben Weise von Wechseln und Effekten außerordentlich wenig wählerisch vorgegangen sein muß, ebenso leichtfertig, wie bei der Vermehrung ihrer Accepte, die laut dem Status der Direktion am 26. Juni dieses Jahrs die recht ansehnliche Höhe von 29 Millionen Mark erreicht hatten.

Es ist ein recht niedliches Bild aus der Praxis deutscher Kreditbanken, das sich in diesen Zahlen enthüllt. —

* * *

Deutsches Reich.

Hunderttausende fleißige Arbeiterfamilien in ihrem Bestande bedroht!

„Mit Bangen sieht die Baumwollweberei dem Abschluß der neuen Handelsverträge entgegen, von deren Ausfall das Bestehen von Hunderttausenden fleißiger Arbeiterfamilien abhängt“, das ist das Urteil der Handelskammer zu Wesel in dem vor einigen Tagen herausgegebenen Bericht pro 1900. An andrer Stelle heißt es sodann noch:

„Wir stehen in dem begonnenen Jahre 1901 vor ernsten, schweren Aufgaben, der Normierung der Zollsätze für die zu erneuernden Handelsverträge. Daß diese verantwortungsvolle Arbeit in einer Zeit der wirtschaftlichen Flaue an uns herantritt, betrachten wir als ein günstiges Geschick. Die Ruhe wird uns davor schützen, geblendet durch zu günstige Geschäftsergebnisse, fehlerhaften Vorschlägen unsre Zustimmung zu geben. Die gar zu intensive Interessen-Vertretung **der Agrarier** wird uns schwere Kämpfe aufnötigen und wird es des ganzen Einsatzes unsrer Kraft bedürfen, um sachgemäß die thatsächlichen Verhältnisse aller Erwerbszweige gerecht zu beurteilen und wirtschaftlich zu verwerten.“

Wird man die warnenden Stimmen hören und beachten?

Wider den Brotwucher und Schutzzollpolitik.

Eine bemerkenswerte Auslassung gegen die Schutzzollpolitik, durch welche die deutsche Industrie u. a. dadurch geschädigt wird, daß sie zu Gründungen industrieller Anlagen seitens deutscher Fabrikanten im Auslande veranlaßt, enthält der diesjährige Bericht der Handelskammer zu Lüdenscheid. Es heißt dort:

„Mehrfach haben deutsche Fabrikanten in fremden Staaten Zweigniederlassungen gegründet, weil sie glaubten, bei der Höhe der Zölle sich dort nur noch auf diesem Wege behaupten zu können. Mögen sie bei einem solchen Vorgehen zunächst auch noch den erhofften Gewinn einheimsen, so ist ein solcher dauernd doch kaum zu erzielen. Durch das Verpflanzen heimischer Fabrikationszweige in seitherige Exportgebiete aber wird die deutsche Industrie in empfindlicher Weise geschädigt. Die Etablissements gehen meist oft bereits nach kurzer Zeit in fremde Hände über, auch bleibt das Herstellungsverfahren nicht geheim und die Arbeiter treten in neugegründete Fabriken über. Mehrfach haben wir auch die Erfahrung gemacht, daß deutsche Fabrikanten, die in fremden Staaten Zweigfabriken gegründet haben, sich den Schutzzoll-Bestrebungen dieser Länder mit Eifer anschließen und sich für möglichst hohe Zölle aussprechen. Wie wir bereits erklärten, halten wir einen weitergehenden Schutz der deutschen Industrie nicht für nötig und befürworten **möglichst niedrige Zollsätze.** (!) Freilich immer von dem Gesichtspunkte ausgehend, daß die Vertragsstaaten für gleichartige Artikel dieselben in gleicher Weise normieren. Eine Unterstützung von Schutzzollbestrebungen in fremden Staaten seitens deutscher Fabrikanten, die auf den Export angewiesen sind, ist aufs höchste zu beklagen. Sie können übrigens nicht in fremden Ländern, in denen sie ihre Zweigniederlassungen haben, für hohe Zölle agitieren und bei Abfassung des deutschen Zolltarifs für mäßige Zölle eintreten. Es ist uns bekannt geworden, daß in gutachtlichen Berichten auch seitens deutscher Fabrikanten, die einen großen Teil ihrer Erzeugnisse exportieren müssen, vereinzelnd Stimmen laut geworden sind, die in engherzigster Vertretung ihrer eigensten Interessen auch eine Erhöhung der betreffenden Position im deutschen Zolltarif befürworten. Sie können nur aus jenen Kreisen stammen und haben wir das kaiserliche Reichsamt des Innern in einer Eingabe darauf hinzuweisen, daß derartige gutachtliche Berichte mit größter Vorsicht aufzunehmen sind und niemals „maßgebend“ sein können.“

Das in den Vordergrund gerückte nationale Interesse löst sich schließlich immer auf als rücksichtslosestes Taschen-Interesse, welches Befriedigung verlangt, selbst bei schwerster Schädigung der heimischen Volkswirtschaft.

Bah! Dem „Hamb. Korresp.“ wird aus den Kreisen von Handel und Schiffahrt geschrieben:

„Als ich vor einiger Zeit einem sehr hochgestellten Beamten des Landwirtschaftsministeriums die Gefahren des Doppeltarifs klar machte, erwiderte er mir lächelnd: ‚Bah, mit derselben Tinte, mit der der Doppeltarif geschrieben wird, kann man ihn auch wieder ausstreichen!‘ Ich erzähle dies Wort nur, um darzuthun, wie wenig man den Ernst der Dinge würdigt, man wird ihn wohl auch dann erst begreifen, wenn es zu spät ist.“

Dieses „Bah!“ charakterisiert die Bülow-Politik der „mittleren Linie“! —

Das Ausland wehrt sich! Der Korrespondent der „Daily Expreß“ berichtet aus Washington, daß, wenn Deutschland die Zölle auf amerikanische Nährstoffe erhöhen sollte, der Kongreß Vergeltungsmaßregeln ergreifen würde. —

Endlich die Sprache wiedergefunden hat heute die „Deutsche Tages-Zeitung“, indem sie jetzt sogar der Memeler Wahl einen Leitartikel widmet. Sie sagt trotzdem freilich herzlich wenig, sondern begnügt sich in der Hauptsache mit Preßcitaten, ja sie geniert sich sogar nicht, bei dem „Reichsboten“ dadurch eine ideelle Anleihe zu machen, daß sie das deplaciert citierte Bismarck-Wort von der freisinnigen „Vorfrucht“ ebenfalls citiert. Ueber die ebenso schwere wie symptomatische Niederlage der Agrarier tröstet sich das Hauptorgan der Brotwucherer mit der Hoffnung, daß ja für die Stichwahl gute Aussichten seien und daß der Freisinn allem Anschein nach den Wahlkreis an den Brotwucherer auszuliefern willens sei.

„Das ist eine seltsame Art, um die freisinnigen Stimmen für den Socialdemokraten zu werben, und der „Vorwärts“ weiß sehr genau, warum er sich so auf das hohe Pferd setzt. Er sieht, ebenso wie wir, mit Sicherheit voraus, daß für seinen Mann bei der Stichwahl nichts herausspringen wird. Er verzichtet von vornherein auf das Mandat, weil ihm bekannt ist, daß eine große Zahl der freisinnigen Wähler, so die Kaufleute in Memel und in den andren Städten, welche aus alter Angewohnheit freisinnig wählen, an die Urne für den Socialdemokraten nicht gebracht werden können.“

Der „Freisinn“ und speciell Herr Eugen Richter mag sich für die gute Meinung des Bündler-Blattes bedanken!

Die Lehre, die das Blatt aus der Wahl zieht, entspricht seiner demagogischen Abgebrühtheit:

„Was ergiebt sich für uns aus der Wahl? Die Notwendigkeit, die aufklärende (?) Arbeit noch viel ernstlicher und nachhaltiger zu betreiben, und namentlich den städtischen Mittelstand, der augenscheinlich in dortiger Gegend noch haltlos hin und her schwankt oder gar nicht politisch hervortritt, zu sammeln, wie dies in anderen Gegenden des Ostens bereits erfolgreich geschehen ist. Daß für die Stichwahl besondere Anstrengungen gemacht werden müssen, um Herrn Motschull zum Siege zu verhelfen, ist selbstverständlich.“

Es ist übrigens bezeichnend, daß die Bündlerseppe, die fühlt, daß sie das Vordringen der Socialdemokratie auf dem Lande nicht aufzuhalten vermag, durch mittelstandsretterische Gimpelfängerei dem Freisinn seine städtischen Getreuen abzujagen und dadurch den ihr von der Socialdemokratie beigebrachten Verlust wieder auszugleichen hofft. —

Als antiagrarisches Plebiscit faßt auch die „Köln. Ztg.“ das Verhalten der Wähler bei der Memeler Wahl auf. Das Blatt schreibt:

„Wirklich zufrieden mit dem Wahlergebnis können nur die Socialdemokraten sein. Es mag sein, daß sich unter diesen Stimmen viele nicht eigentliche Socialdemokraten befinden, die nur durch ihre Wahl ihrer Abneigung gegen agrarische Politik einen möglichst schroffen Ausdruck geben wollten. Trotzdem ist die Zunahme überraschend groß, und ganz besonders bezeichnend ist es, daß die Socialdemokratie in einem rein ländlichen Kreise mit der Losung „gegen Erhöhung der Zölle auf Volksnahrungsmittel und für Abschluß von Handelsverträgen“ einen so gewaltigen Erfolg gehabt hat. Als das agrarisch-litauische Kompromiß bekannt wurde, schrieb die „Kreuz-Zeitung“ triumphierend, die Memeler Wahl sei der einzige Lichtblick in düsterer Zeit. Das ist nun allerdings ganz anders geworden und weder die grobe Täuschung der Wähler, noch die traurige Ausspielung des nationalen Gegensatzes zwischen Litauern und Deutschen, noch auch die Verschleierung des agrarischen Programms hat zu Ergebnissen geführt, die den hochgespannten agrarischen Erwartungen einigermaßen entsprochen hätten.“

Als des „einzigen Lichtblicks in düsterer Zeit“ können jetzt die Brotwucherer der mannesmutigen Haltung der Freisinnigen froh werden! —

Eugen Richter auf Reisen. Im Briefkasten der „Freis. Ztg.“ befindet sich folgende Notiz: X. Y. Abg. Richter befindet sich zur Zeit auf Reisen.

Sollte ein Abonnent der „Freis. Ztg.“ an der Behandlung der Memeler Wahl Anstoß genommen haben? Er kann sich beruhigen: Herr Eugen Richter befindet sich auf Reisen. Aber doch wohl nicht ohne die Reiselektüre der „Freisinnigen Zeitung“! —

Die Stichwahl in Memel-Heydekrug ist bereits auf den 27. Juli, also auf nächsten Sonnabend angesetzt. Nach dem amtlichen Wahlresultat erhielten bei der Reichstagsersatzwahl am Freitag Mattschull (Littauer) 7016, Braun (Socialist) 4941, Schaak (Freisinnige Volkspartei) 2925 Stimmen.

Topp! Die „Deutsche Tagesztg.“ setzt ihre Tölpelschlauheit in Sachen des Zolltarifs fort. Heute citiert sie zustimmend aus der „Deutschen Agrarkorrespondenz“:

„Wir können nur den Wunsch und die Hoffnung ausdrücken: daß die liberalen Parteivertreter gegen einen solchen Zolltarif stimmen werden. Sie werden alle überzeugten agrarischen Vertreter dabei auf ihrer Seite finden, und so wird die nach ernster agrarischer Ueberzeugung in der That vorliegende große Gefahr eines solchen Tarifs hoffentlich allerdings abgewendet werden!“

Topp! Auch wir dürfen also auf die Hilfe der Agrarier rechnen, wenn wir dafür sorgen werden, daß ein „solcher“ Tarif nicht Gesetz werde! —

Die socialdemokratischen Petitionen gegen den Brotwucher sollen in Halle — nach einer Aufforderung des Vereins der Liberalen — auch von den Liberalen unterzeichnet werden, da sie „mit dem Inhalt der Petitionen einverstanden“ sind. —

Eine „Lücke“ im Flottengesetz. Ein knappes Jahr ist erst das Milliardenflottengesetz, das für 20 Jahre einen festen „Plan“ gewähren sollte, und schon entdecken die Flottenlieferanten die Notwendigkeit einer neuen Flottenvorlage. Die „Rhein. Westf. Ztg.“ citiert aus dem dritten Jahrgang des Flottenjahrbuchs Nauticus das Folgende:

„Es ist unverkennbar, daß das Flottengesetz vom 14. Juni 1900 nicht allen Anforderungen genügt, daß dasselbe vielmehr eine erhebliche Lücke aufweist. Einmal muß die Aufrechterhaltung der Verbände der heimischen Schlachtflotte unter allen Umständen gewahrt bleiben. Andrerseits darf die Besetzung einer ausländischen Station nicht auf Kosten der übrigen Stationen erfolgen. Deutschland wird nicht umhin können, seine günstige **Handelsposition in China durch eine entsprechende starke Seemacht an Ort und Stelle zu schützen.** Die verbündeten Regierungen hatten in dem Entwurf zum Flottengesetz 1900 bereits zum Ausdruck gebracht, daß die Zahl der Auslandsschiffe, wie sie im Flottengesetz von 1898 vorgesehen war, den jetzigen Anforderungen nicht mehr genügte. Mehr als 3 große Schiffe (2 Linienschiffe und 1 großer Kreuzer) und eine Anzahl von kleinen Kreuzern, Kanonenbooten und Torpedobooten jährlich zu bauen, dürfte zur Zeit die finanzielle Leistungsfähigkeit des Reiches überschreiten. Die ersten Jahre des Flottengesetzes müssen dem uneingeschränkten, systematischen Ausbau der heimischen Schlachtflotte vorbehalten bleiben. Es wird Sache der verbündeten Regierungen sein, den Zeitpunkt anzugeben, wann die Frist für die Vertagung abgelaufen ist. Erst dann wird die Lücke im Flottengesetz vom 14. Juni 1900 ausgefüllt werden. Erst dann wird die Organisation der Auslandsflotte, wie diejenige der heimischen Schlachtflotte, nach einem bestimmten Plan erfolgen können.“

Hier erscheint also bereits eine neue Flottenvorlage am Horizont, wenn für den Augenblick auch noch Zurückhaltung beobachtet wird. Die deutsche Flottengründerei wird ganz nach den edlen Praktiken der Casseler Trebertrocknung betrieben — nur daß in diesem Falle jeder neue Geldbedarf aus der Ausbeutung der Volksmassen bestritten wird.

Im übrigen mögen sich die Flottenlieferanten gedulden! Bei der verzweifelten Lage der Reichsfinanzen wird man einstweilen überhaupt den Flottenbau hemmen müssen; denn das Flottengesetz bestimmt, daß die Mittel für die neuen Schiffsbauten nicht durch Steuern auf den Massenbedarf aufgebracht werden dürfen. Reichen also die vorhandenen Mittel nicht aus, und entschließt der Reichstag sich nicht zu einer direkten Einkommensteuer, so müßte das Centrum alle neuen Schiffe bis auf weiteres in den nächsten Etats ablehnen. Freilich es „müßte“ nur! —

Katholisch ist Trumpf. Im Reichsamt des Innern sind zwei Herren überraschend schnell avanciert und die „dazu nächsten“ älteren Beamten übergangen worden. Diese internen Verhältnisse könnten uns ja gleichgültig sein, wenn nicht eine Bemerkung der „Nat.-Ztg.“ der Sache Interesse verleiht. Danach habe Dr. Würmeling, der vortragender Rat geworden ist, vor einigen Jahren der Centrumspartei des preußischen Abgeordnetenhauses angehört und Herr v. Schönebeck, der zum Regierungsrat und ständigen Hilfsarbeiter gediehen ist, stehe als guter Katholik zu einem angesehenen Mitglied der Reichstagsfraktion dieser Partei in näheren Beziehungen. Es scheint also daß es sich bei der Beförderung dieser beiden Herren um ein Entgegenkommen des Grafen Posadowsky gegenüber gewissen Mitgliedern der Centrumspartei handelt.“

Ist das der Dank für die wohlwollende Behandlung der 12 000-Mark-Affaire durch das Centrum? —

Der Krosigk-Prozeß. Wie der „Königsberger Hartungschen Zeitung“ aus Insterburg gemeldet wird, sind bei den am Sonnabend beendeten Vernehmungen im Gumbinner Mordprozeß sämtliche Mannschaften des Dragoner-Regiments v. Wedel Nr. 11 verhört worden, ohne daß ein Ergebnis erzielt wurde.

Trotz der Belohnung?! —

Geheime Militärjustiz. Die „Oeffentlichkeit“ im Militärgerichtsverfahren bewährte sich wieder einmal in einem Chemnitzer Fall. Vor dem dortigen Kriegsgericht stand ein Lieutenant des 9. Infanterie-Regiments in Zwickau. Was er begangen hatte, erfuhr niemand, denn das Gericht machte ohne weiteres von der Bestimmung der Militär-Strafprozeßordnung Gebrauch, daß die Oeffentlichkeit ausgeschlossen werden kann, wenn das Interesse des Dienstes es erfordert, und verwies selbst die Vertreter der Presse noch vor der Verlesung der Anklageverfügung aus dem Saale. Als nach 3½ Stunden mitgeteilt wurde, daß die Oeffentlichkeit wieder hergestellt sei, war das Urteil bereits verkündet und die Verhandlung geschlossen. Zwei Stunden mußten sich die Vertreter der Presse im Zeugenzimmer aufhalten, dessen nach dem Korridor führende Thür hinter ihnen verschlossen worden war; die Thür nach dem Treppenhaus war allerdings offen gelassen worden, die Herren hätten also ruhig gehen können. Auf sofort erhobene Beschwerde wurde ihnen die Mitteilung, daß die Thür des Saales nach Wiederherstellung der Oeffentlichkeit geöffnet worden sei; mehr könne nicht geschehen. Aber den Vertretern der Presse wurde das obengenannte Zimmer angewiesen, das durch zwei weitere Räume vom Saale getrennt ist und in dem das Oeffnen der Saalthür nicht bemerkt werden konnte, zumal da eben noch zwei geschlossene Thüren dazwischen waren.

So weiß also — dank dieser Einrichtung der Lokalität — niemand, was mit dem Herrn Lieutenant geschehen. —

Aus der chinesischen Dementierfabrik. Die für kriegsministerielle Dementis zur Zeit gepachtete „Berliner Korrespondenz“ teilt mit:

Unter der Bezeichnung „Die Chinafreiwilligen wider Willen“ veröffentlichte ein Berliner Blatt vor einiger Zeit einen Artikel, in welchem ausgeführt wurde, daß zahlreiche Reservisten, die sich im Vorjahre für China gemeldet hatten, aber damals nur vorgemerkt wurden, jetzt durch eine schlimme Botschaft in Gestalt eines Gestellungsbefehls für die ostasiatische Besatzungsbrigade überrascht worden seien. Kein Mann — hieß es daselbst — habe Anspruch auf Zurückstellung. Im Anschluß an diese Mitteilung sprach das Blatt von „zwangsweiser Verschickung von Freiwilligen nach China.“ Bald darauf wurde diese Behauptung durch einen angeblichen Einzelfall aus dem Landwehrbezirk Diedenhofen bekräftigt, wonach zwei Chinafreiwillige, die der Einberufung keine Folge leisteten, unter sicherer Bedeckung vor die Behörde gebracht worden seien. Diese Angaben sind unwahr, besonders auch die über die zwangsweise Vorführung. Jeder Einzelne konnte seine Meldung ohne weiteres zurücknehmen. In dem betreffenden Corpsbezirk wurden die Leute, die sich seiner Zeit gemeldet hatten, telegraphisch zur ärztlichen Untersuchung beordert mit dem Zusatz, „falls noch für China bereit“. Zwei Mann von dem vorbezeichneten Bezirkskommando sind zur Untersuchung nicht erschienen; sie sind aber in keiner Weise zur Verantwortung gezogen worden.

Hoffentlich bedeutet diese, wie üblich, mit einigen Hinterthüren versehene Berichtigung die bündige Erklärung: Keiner braucht wider seinen Willen nach China! —

Die militärische Dienstzeit zu lang!

Der Generalmajor a. D. von Puttkamer, der vor einigen Monaten in der „Deutschen Tages-Ztg.“ eine ihm in militärischen Zünftlerkreisen sehr verübelte scharfe Kritik an dem militärischen Gamaschendrill übte und namentlich die Sinnlosigkeit und Gemeinschädlichkeit zahlreicher Vorschriften des Exerzierreglements geißelte, plaidiert neuerdings in einem im „Tag“ veröffentlichten Artikel für eine Verkürzung der Dienstzeit der Infanterie.

Als Argument für die Möglichkeit einer Verkürzung der Dienstzeit dient ihm auch jetzt wieder seine geringe Bewertung des Paradedrills, mit dem ganz unnütz viel Zeit vertrödelt werde.

„Der Wert, der beim Exerzieren im Tritt auf die durchgedrückten Kniee gelegt wird, ist für die Kriegsausbildung gleich Null. Auf unebenem Boden kann man nicht mit durchgedrückten Knieen marschieren, und im feindlichen Feuer denkt kein Mensch daran, es zu thun. Auch ein Teil der Zeit und Mühe, der auf die Einübung exakter Bewegungen in Bataillonskolonne und Regimentskolonne verwendet wird, könnte erspart werden. Im feindlichen Feuer wäre es Wahnsinn, in Bataillons- oder Regimentskolonne zu stehen oder sich in diesen Formationen zu bewegen.“

Die Belehrungen, die seiner Zeit dem dem Gamaschendrill abholden Kritiker von einem ihm in der „Nordd. Allg. Ztg.“ entgegnenden Offizier über die Unentbehrlichkeit derartiger Parademätzchen erteilt worden sind, haben ihn also nicht zu überzeugen vermocht. Die Belehrung bestand darin, daß der Antikritiker zwar die Ueberflüssigkeit des Gamaschendrills für die moderne Gefechtsweise vollständig einräumte, aber die **eiserne Friedensdressur** deshalb für unentbehrlich erklärte, weil nur dadurch die „Verweichlichung durch die modere Kultur“ paralysiert werden könne.

Diese Art der Verteidigung der Abrichtung zum Kadavergehorsam, die den moralischen Faktor bei der Entfaltung kriegerischer Tüchtigkeit vollständig leugnete, oder auch — im Falle innerer Krisen wäre ja der Soldat, der mehr als ein blindes Werkzeug in der Hand seines Vorgesetzten wäre, unter Umständen ein sehr unbequemes Instrument — gefliſſentlich ausgeschaltet wissen möchte, muß also Herrn v. Puttkamer wenig imponiert haben. Vermutlich, weil er in erster Linie die Wehrhaftigkeit unsrer Truppen einem äußeren Feinde gegenüber erhöht sehen möchte, während es unter seinen Standesgenossen viele Gesinnungsgenossen des Herrn v. Boguslawski giebt, denen es als würdigere Aufgabe der Kriegskunst erscheint, die Soldaten gegen Vater und Bruder zu kommandieren, als gegen einen fremden Angreifer.

Doch gleichviel, v. Puttkamer empfiehlt eine Verkürzung der zweijährigen Dienstzeit, und zwar um zunächst drei Monate. Ein Monat könnte leicht dadurch gespart werden, daß man die Reservisten statt Anfang Oktober erst Anfang November einstellte; weitere zwei Monate könnte man dadurch an der Dienstzeit ersparen, daß man jeden Mann im Frühjahr oder Sommer des zweiten Dienstjahrs auf 1—2 Monate in die Heimat beurlaubt.

Auch für die militärische Jugenderziehung — bestehend in wöchentlich einigen Stunden Freiübungen, Turnen und Exerzieren — bricht der Generalmajor a. D. eine Lanze. Darüber, daß diese Vorbildung nach Puttkamers Ansicht durch ausgediente Unteroffiziere am besten geleitet werden könnte, brauchen wir an dieser Stelle nicht zu diskutieren, uns genügt das Zugeständnis des erfahrenen Militärs, daß eine derartige Jugenderziehung, wie ja auch wir sie als Glied der Ausbildung zur Wehrhaftigkeit des Volks postulieren, nicht wie so oft von militärischen Zünftlern als nutzlose Spielerei qualifizirt wird.

Vor allen Dingen nehmen wir mit Genugthuung davon Notiz, daß auch nach der Ansicht eines Militärs die zweijährige Dienstzeit leicht um weitere 3 Monate verkürzt werden könnte. Und v. Putt-

kammer ist der Ueberzeugung, daß ihm hierin, möchten auch viele alte Offiziere den Kopf schütteln, viele Compagniechefs vollständig beistimmen würden.

Unser Urteil über die Notwendigkeit einer Verkürzung der Dienstzeit und der Umgestaltung des ganzen Militärsystems hängt natürlich von den gelegentlichen Geständnissen eines preußischen Militärs nicht ab, wohl aber erleichtert das Sammeln derartiger Stimmen aus dem gegnerischen Lager selbst den praktischen Kampf gegen den verzopften, fortschritts- und volksfeindlichen Militarismus. —

Affaire Schuckert. Bei der Firma Schuckert werden, so wird unserm Nürnberger Partei-Organ geschrieben, im Spätjahr abermals etwa 2000 Arbeiter und 500 Beamte entlassen werden. Es ist wirklich unbegreiflich, daß der Verwaltung anscheinend nicht im mindesten etwas daran liegt, einen alten, eingeschulten Arbeiterstamm zu erhalten. Denn wäre dies der Fall, so könnte, nein müßte zunächst doch eine angemessene Reduzierung der Arbeitszeit während der schlechten Geschäftsperiode in Erwägung gezogen werden. Aber wahrscheinlich will man durch die Entlassungen dem noch notwendigen Arbeitspersonal zeigen, daß, wenn es sich nicht rücksichtslos ausbeuten läßt, um wenigstens den Direktoren und Aufsichtsräten fette Tantiemen zu sichern, die Reserve-Armee groß genug ist.

Die Sünden der Unternehmer müssen die Arbeiter büßen! —

Ausland.

Belgien.

Brüssel, 23. Juli. Der socialistische Abgeordnete Bertrand bringt nach einem Meinungsaustausch zwischen den liberalen, katholischen und socialistischen Anhängern der persönlichen Militärdienstpflicht eine Gesetzvorlage ein, welche die Unterdrückung des militärischen Stellvertretungswesens verlangt. —

Italien.

Das Blutbad von Berra

hat keine Sühne gefunden. Das Gericht von Bologna hat den Urheber desselben, den Lieutenant Benedetti, freigesprochen. In der Verhandlung wurde festgestellt, daß die streikenden Landleute in ruhiger Weise sich der Brücke, auf der die Soldaten Aufstellung genommen hatten, genähert haben. Es wurde ferner zugegeben, daß der Führer der Landleute, Désvo, mit fünf seiner Genossen sich den Soldaten näherte, „anscheinend um zu parlamentieren". Der Gendarmerie-Wachtmeister hat sogar dem Benedetti den Vorschlag gemacht, mit den Bauern zu unterhandeln; aber der Lieutenant hat es ihm verboten. Es wurde vom Kriegsgericht auch festgestellt, daß Benedetti nicht nach den Vorschriften des Gesetzes gehandelt habe, aber es wurde dies damit entschuldigt, daß er nicht den Befehl gehabt habe, die Leute zu zerstreuen, sondern sie an dem Ueberschreiten der Brücke zu verhindern. Diesen Befehl habe er zur Ausführung bringen müssen und auch gebracht.

Der Freispruch dieses brutalen Menschen, der mit kaltem Blut auf friedliche Bürger schießen ließ, wobei 5 Menschen ihr Leben lassen mußten, dürfte in der nächsten Session zu neuen heftigen Auseinandersetzungen zwischen den socialistischen Kammerdeputierten und dem Kriegsministerium den Anlaß bieten. —

England.

Die „Freie Englische Kirche" und der Frieden.

Wir haben kürzlich über eine Konferenz der „Freien Kirchen Englands" berichtet, in welcher über den südafrikanischen Krieg beraten wurde. Am Schlusse der Konferenz wurde, wie mitgeteilt, ein Komitee gewählt und beauftragt, eine Resolution auszuarbeiten. Dieses Komitee ist dieser Tage wieder in London zusammengetreten. Es gelangte schließlich eine Resolution zur Annahme, in der es heißt, daß es für die Vertreter der christlichen Kirche an der Zeit sei, für eine Friedenspolitik einzutreten. Wir sind überzeugt, heißt es in der Resolution weiter, daß die baldige Beendigung des Krieges am besten gesichert würde durch entgegenkommende Vorschläge englischerseits. Für die Boeren-Republiken wird in der Resolution vollkommene Autonomie und Selbstverwaltung gefordert, sowie weitgehendste Amnestie. Die Vertreter der „Freien Kirchen Englands" appellieren an ihre holländischen Kollegen, auch ihrerseits allen Einfluß aufzuwenden, um den mörderischen Krieg bald zu Ende zu bringen; in gleicher Weise wenden sie sich an das englische Volk.

Zu weiterem konnten sich die Herren Geistlichen nicht aufschwingen. Ein Zusatzantrag zur Resolution, in welchem für die Boeren vollständige Unabhängigkeit so wie sie sie bis zu Beginn des Kriegs besessen hatten, verlangt wurde, fand keine Gnade; er wurde mit 40 gegen 20 Stimmen abgelehnt. Dagegen fand ein weiteres Amendement Annahme, das die Entscheidung über die südafrikanische Frage einem unparteiischen Schiedsgericht unterstellt wissen will.

Türkei.

Konstantinopel, 23. Juni. Es verlautet, der Adjutant des Sultans Onori Bey, welcher nach Tibra (Dibre?) entsandt war, sei dort von Arnauten ermordet worden. Die That wird als Akt der Rache für die im Juni erfolgte Gefangennahme des Arnautenführers Hamdi Bey angesehen.

Asien.

China. Der amerikanische Vertreter Rockhill in Peking telegraphiert, der Plan der chinesischen Entschädigungszahlung sei nunmehr endgültig angenommen. Die Tilgung der Bonds, welche zur Ausgabe gelangen, werde im Jahre 1902 beginnen und der Plan nehme die völlige Abzahlung von Kapital und Zins bis zum Jahre 1940 in Aussicht. Man erwarte, daß China 23 Millionen jährlich aufbringen werde; diese Summe solle dazu dienen, die Zinsen zu bezahlen und die Tilgung des Kapitals bis zur letzten Restzahlung zu bewirken.

Und der Zollstreit? —

Der Boeren-Krieg.

Die Opfer des Kriegs.

Daß von den Engländern die Verluste der Boeren seit Beginn des Kriegs systematisch übertrieben wurden, ist eine längst behauptete und bewiesene Thatsache. Ein interessantes Licht auf diese Schwindelpraktiken der englischen Kriegsleitung wirft die Berechnung einer Korrespondenz, die die Angaben der Engländer über die angeblichen Verluste auf Grund der offiziösen englischen Kriegsstatistik zusammenstellt. Die Korrespondenz führt u. a. aus:

„Alles in allem hatten demnach am 1. Juli d. J. die Boeren nach den englischen Angaben an Toten 6400, an Verwundeten 5793, an Gefangenen 34 622, an surrenders (sich freiwillig Ergebenden) rund 30 000, an Deserteuren 3500 Mann verloren, zusammen also **80 315** Mann, ohne Einrechnung des durch Krankheit oder Unfälle herbeigeführten Abgangs. Nun hat die Boeren-Armee aber nach englischer Angabe selbst nur **54 800** Mann gezählt, denen sich noch etwa 5000 Aufständische aus den Nachbargebieten angeschlossen hatten, und andrerseits behaupten die Engländer selbst, daß noch immer 15—20 000 Boeren gegen sie im Felde stehen. Es handelt sich also um einen Ueberschuß in der englischen Angabe von 35—40 000 Mann, der sich nirgends unterbringen läßt. Wo kommen diese 35 000 Mann her?

Aus der Zeit, wo die Boeren noch selbst amtliche Berichte veröffentlichten, läßt sich feststellen, daß die englischen Angaben betreffend die Verluste der Boeren an Toten gewöhnlich um das Doppelte übertrieben waren. Bei den Verwundeten verschob sich das Verhältnis zu Ungunsten der Boeren, denn hier waren die Angaben um die Hälfte zu gering. Was die Gefangenen betrifft, so weiß Kriegsminister Brodrick nur von 20 000, und die Zahl der surrenders wird in der letzten amtlichen Statistik auch nur mit 14 624 Mann berechnet. Gefangene und surrenders zusammen betragen daher nur 34 624 Mann, statt 64 622, wie die Engländer vorher behauptet haben. Jene fehlenden 35 000 Mann sind also zum größten Teil schon gefunden. Berechnen wir uns die Zahl der gefallenen Boeren nach dem oben erwähnten Leitsatz, so erhalten wir statt 6400 nur 3200 Mann, die Zahl der Verwundeten steigt auf 10 000, die Zahl der Gefangenen beträgt 20 000 und diejenige der „surrenders" nur 14 624 Mann. Das wäre also ein Gesamtabgang der Boeren-Armee von etwa 48 000 Mann. Wenn man bedenkt, daß die 10 000 Verwundeten keinen dauernden Abgang bilden, so wäre damit vielleicht eine Erklärung dafür gegeben, daß die Boeren noch immer über 20 000 Mann verfügen, also etwa 66⅔ Proz. eingebüßt haben. Denselben Prozentsatz finden wir auch bei den Engländern, ihre Gesamtarmee in Südafrika zählte 347 661 Mann, davon gingen durch den Tod ab 17 321, durch Verwundung 17 209, nach Hause transportiert wurden 76 582 Mann, insgesammt also 111 112 Mann."

Die Berechnungen der Korrespondenz beweisen zwar schon zur Genüge das Schwindel-Talent der Engländer, aber sie enthüllen den Schwindel wahrscheinlich noch nicht in seinem ganzen Umfange. Denn wenn die Boeren auch nur 48 000 Mann verloren hätten, so würde jetzt schwerlich noch ein Waffenfähiger im Felde stehen. Schon zu wiederholten Malen haben wir darauf hingewiesen, daß die Schätzung der Boerenstärke auf 50- bis 60 000 Mann viel zu hoch greift. Nach dem Werk des Dr. Vallentin zählte der Transvaalstaat kaum 30 000 Waffenfähige einschließlich der Milizen unter 18 und über 50 Jahren. Da aber der Oranjefreistaat nach den englischen Angaben nur 75 000 weiße Einwohner zählte, so dürfte die Zahl der waffenfähigen Oranjeboeren im Höchstfalle 15 000 betragen haben. Die Zahl der in Freiwilligen-Corps organisierten Ausländer betrug nach den neuerlichen Feststellungen nur wenige Hunderte, und auch die Zahl der auf der Boerenseite kämpfenden Afrikander dürfte wenige Tausend nicht überschritten haben. Der Gesamtverlust von 48 000 Mann erscheint also noch immer unglaublich hoch. Das Rätsel wird sich nur so lösen lassen, daß nicht nur die Gefangenen — einmal als Gefangene, das zweite Mal als Surrenders — doppelt gezählt wurden, sondern daß man auch durch Mitzählen von Weibern und Kindern die Zahl der Gefangenen so imposant anschwellen ließ.

Wären wirklich 48 000 Boeren unschädlich gemacht, so wäre es unbegreiflich, wie der Krieg noch fortdauern, namentlich aber, wie die Boeren von den doch eher zaghaften und vorsichtigen, als rücksichtslosen und tollkühnen Kapholländern noch Zuzug erhalten könnten.

Daß die Boeren sich noch immer nicht matt gesetzt fühlen, sondern den Krieg unverzagt fortsetzen, beweist folgende Meldung über

einen Boerenangriff auf Aberdeen.

Wie Laffan meldet, machten die in die Kapkolonie eingefallenen Boeren einen entschlossenen Angriff auf Aberdeen. Der Angriff begann morgens 7 Uhr, der Feind stand in vorzüglicher Deckung, aber sein Feuer auf die Stadt blieb wirkungslos. Die englische Besatzung machte, unterstützt von der Stadtwache, einen Ausfall und trieb die Boeren unter heftigem Feuer zurück, am folgenden Tage wurde der Angriff erneuert, und die Boeren belästigten die englische Besatzung den ganzen Tag, bis die australische Artillerie sie mit einem Fünfzehnpfünder zerstreute und zum Rückzug in die Berge zwang. De Wet und Steijn haben, wie Daily News meldet, die Bahn bei Heilbron Road auf dem Marsche nach Westen passiert und sind nun zwischen Vaal und Rhenoster mit einem Kommando. De Wet lagert niemals zusammen mit der ganzen Mannschaft, seine Leute trennen sich nachts, um sich am nächsten Tage wieder zu treffen. Eine allgemeine Bewegung der Boeren gegen Süden ist bemerkbar.

* * *

Der „Morningleader" berichtet aus Funchal auf Madaira: Das Transportschiff „Saxon" mit **General Baden-Powell** an Bord ist hier eingetroffen. Letzterer ist schwer erkrankt. Er gab dem Wunsch Ausdruck, daß jeder offizielle Empfang unterbleiben möge.

* * *

Die Bestattung der Gattin Krügers hat am 22. Juli in Pretoria stattgefunden. Auf den Präsidenten Krüger soll der Tod seiner Gemahlin einen niederschmetternden Eindruck ausgeübt haben. Krüger dürfte, wie aus dem Haag gemeldet wird, während der ersten Trauerzeit die Präsidentschaft niederlegen und den Präsidenten des Volksraads, Wessels, mit der Führung der Geschäfte betrauen.

Ein russischer Geheimerlaß gegen die Juden.

Das Central-Komitee des „Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbundes in Rußland und Polen" übersendet uns nachfolgendes, aus dem Kiewer Militärbezirk stammendes geheime Dokument zur Veröffentlichung.

(Uebersetzung aus dem Russischen.)

Stab N ... der Division ..
d. 20. VI (3. VII) 1901.

Geheimes Rundschreiben.

An
den Kommandeur des ..... Regiments.

Der Chef der kriegsgerichtlichen Oberverwaltung teilte in einem Brief vom 8. Mai d. Js. sub Nr. 105 mit, daß in der auf allerhöchsten Befehl beim Hauptstab eingesetzten Kommission, die die Aufgabe hat, Maßregeln gegen die Zügellosigkeit der Juden zu treffen, folgende Grundsätze projektiert worden sind:

1. Erhöhung der Strafen für die von Juden Militärpersonen gegenüber zugefügten Beleidigungen;

2. Aenderung der Art der Einleitung derartiger Prozesse dahin, daß dieselben unabhängig von den Klage-Anträgen der Verletzten geführt werden müssen und mit keinem Vergleich beendet werden können; und

3. Verweisung der Prozesse über Juden, die beschuldigt werden, Militärpersonen Beleidigungen und andre Gewaltthätigkeiten zugefügt zu haben, in einzelnen Fällen auf Antrag des Kommandierenden der Truppen der Militärbezirke und mit Genehmigung der Minister des Innern, der Justiz und des Kriegswesens, in deren gegenseitiger Uebereinstimmung, an ein **Kriegsgericht** zur Untersuchung, unter Anwendung gegenüber den Schuldigen, in besonders wichtigen Fällen, der **kriegsrechtlichen Gesetze.**

Seinerseits schlug das Kriegsministerium vor, indem es den erwähnten Entwurf den Ministern des Innern und der Justiz zum Beschluß übersandte, das Recht der Ueberweisung der Prozesse über Juden an ein Kriegsgericht, in den den Generalgouverneuren subordinierten Ortschaften den letzteren anheimzustellen. Außerdem fand es notwendig, auch Maßregeln **administrativer** Einwirkung in Bezug auf schuldige Juden festzusetzen, und zwar:

1. Den Orts-Generalgouverneuren das Recht der administrativen Ausweisung aus ihren Wohnorten anheimzustellen;

2. eine **Geldstrafe auf die jüdische Gemeinde** desjenigen Orts aufzuerlegen, in der ein Zusammenstoß mit Militärpersonen entstanden ist; und

3. die Vollstreckung von Kriegsexekutionen in solchen Orten.

Die Minister der Justiz und des Innern erhoben jedoch gegen die in den obigen drei Punkten angeführten Vorschläge den entschiedensten Widerspruch; ihrer Meinung nach können administrative Ausweisungen nicht anders, als in der in den Satzungen 32 bis 34 des Schutzreglements festgestellten Ordnung, durch eine besondre Beratung im Ministerium des Innern vollzogen werden; zur schärferen Wahrnehmung der Interessen des Kriegswesens steht indessen das genannte Ministerium keine Hindernisse, an erwähnter Verhandlung in Prozessen über Zusammenstöße von Juden mit Militärpersonen einen Vorsteher des Kriegsministeriums beiwohnen zu lassen. Was die Frage der Geldstrafen und Exekutionen betrifft, so finden die Ministerien des Innern und der Justiz diese Maßregel den Grundbestimmungen des Kriminalrechts widersprechend, nach denen ein jeder nur für sich selbst die Verantwortung trägt; dagegen würden bei Anwendung der erwähnten Maßregel Unschuldige leiden. Betreffs Ueberweisung der Prozesse der Juden an das Kriegsgericht sprach sich ferner das Ministerium des Innern dahin aus, daß es einwillige, diese Maßregel einzuführen, aber nur im Sinne der im Entwurf der Kommission angeführten Gründe; das Justizministerium dagegen tritt überhaupt gegen diese Maßregel auf und meint, daß das Kriegsgericht, beim Urteilen nach den allgemeinen Gesetzen, keinerlei Privilegien vor dem Civilgericht besitze; das Urteilen nach kriegsrechtlichen Gesetzen sei aber zulässig nur in Fällen und in der Ordnung, die in den Bestimmungen des Schutzreglements festgesetzt sind. Hinsichtlich der übrigen Vorschläge der Kommission sind die beiden genannten Ministerien einverstanden mit der Meinung des Kriegsministers, daß die Verschärfung der Strafen für die Militärpersonen beigefügten Beleidigungen in der Art des Strafantrags über solche Beleidigungen allgemeine Maßregeln sein müssen, nicht aber ausschließlich in Bezug auf Juden. In anbetracht dessen, daß nach dem Entwurf der Kriminalstrafbestimmungen die Bestrafungen für Beleidigungen überhaupt wesentlich erhöht sind und gleichzeitig besondere Strafen für Beleidigungen aller Art Kriegsobrigkeiten festgesetzt worden sind, wobei auch die diesbezüglichen Angaben des Kriegsministeriums in Betracht gezogen wurden, findet letzteres keine genügenden Gründe einer weiteren Befürwortung besonderer Erhöhung der Strafen für die Beleidigungen von Militärpersonen. Hinsichtlich der Notwendigkeit der Aenderung der Ordnung der Prozeßanstrengung über diese Beleidigungen wird gegenwärtig in den Bemerkungen des Kriegsministeriums auf das Projekt einer neuen Redaktion des Statuts des Strafgerichtsverfahrens hingewiesen.

Indem es jedoch für unmöglich erachtet wird, mit den angeführten Ergebnissen der Arbeiten in der Frage über die gegen die Zügellosigkeit der Juden zu treffenden Maßregeln sich zu befriedigen, wird beabsichtigt, dringend auf der Notwendigkeit zu bestehen, ernstere Garantien für Militärpersonen gegen die jüdische Frechheit zu erreichen. Der Kommandierende der Bezirkstruppen geruhte deshalb zu befehlen, den Korpskommandierenden zu bitten, seine Erwägungen über die erörterten Vorschläge des Kriegsministeriums zuzustellen: a) in Bezug auf die Ueberweisung der Judenprozesse an ein Kriegsgericht, wie auch b) über Maßregeln administrativer Art.

Seiner Hochwohlgeboren sind außerdem noch Auskünfte über alle außergewöhnlichen Fälle von Zusammenstößen zwischen Juden und Militärpersonen für den Zeitraum vom Jahre 1897 an erwünscht.

. . . . . .

* * *

In dem schwerfälligen ungelenken Kanzleistil dieses geheimen Aktenstücks wird das Ungeheuerlichste wie etwas Selbstverständliches behandelt. Das dunkelste Europa, die Schande der Civilisation, der russische Militärabsolutismus gelangt in diesen Vorschlägen zu grellem Ausdruck, die ungefähr das „Rechtsbewußtsein des sechzehnten Jahrhunderts atmen, da Zar Iwan der Schreckliche seinen eignen Willen statt jeden Rechtes uneingeschränkt als Gesetzgeber, Richter und Vollstrecker der Strafe setzte.

Unausgesprochen, aber unzweifelhaft richten sich die kriegsministeriellen blutigen Vorschläge gegen die erstarkende russische Arbeiterbewegung, in der die jüdischen Proletarier führend hervorgetreten sind. Gegen diesen heiligen Kampf um die Menschenrechte entbietet der Zarismus nun seine Schergen.

In Rußland werden Streiks mit Militärgewalt unterdrückt, so geschah es auch im Kiewer Bezirk. Kommt es dann zu Zusammenstößen zwischen den streikenden jüdischen Arbeitern und der Soldateska, so werden die „wörtlichen und thätlichen Beleidigungen" der jüdischen Arbeiter unter das Kriegsrecht gestellt. Der bloße Versuch, die Lebensverhältnisse zu verbessern, wird für die jüdischen Proletarier unter das Standrecht gestellt. Der Streik wird wie Hochverrat und Revolution bestraft. Damit nicht genug, werden noch eine Reihe administrativer Maßregeln gefordert, welche die Möglichkeit geben, ohne jedes gerichtliche Verfahren, die „frechen Juden" die zu streiken wagen, unschädlich zu machen. Man muß sich gewaltsam daran erinnern, daß wir wirklich im 20. Jahrhundert leben, wenn man unter den kriegsministeriellen Vorschlägen auch die famose Anregung findet, die ganze Gemeinde als haftpflichtig für jeden einzelnen „Schuldigen" zu bestrafen.

Man erkennt wieder einmal, wie eng Kapitalismus und Militarismus mit einander verwandt ist. Einer tritt für den andern ein. Um den Profit zu schützen, muß der Soldat auf Freunde und Verwandte schießen, und setzen sich die Angegriffenen auch nur mit Worten zur Wehr, so wird diese Frechheit nach den gesetzlosen Gesetzen des Krieges geahndet.

Die Vorschläge des russischen Kriegsministers haben, wie man aus dem obigen Aktenstück sieht, bisher zum größten Teil nicht die Zustimmung seiner Ministerkollegen gefunden. Das hat aber den Kriegsminister nicht veranlaßt, seinen Plan aufzugeben. Im Gegenteil, er sammelt weiteres Material, um endlich die militärische Schreckensherrschaft über die jüdischen Proletarier errichten zu können.

Die „Frechheit der Juden" wird vorgeschoben, hinter ihr steckt die jüdische und die zielbewußte Arbeiterbewegung überhaupt, die man mit Gewalt niederzuknütteln versucht. Aber auch dies Aufgebot verbrecherischer Grausamkeit und tyrannischer Willkür wird an dem Heldenmut des erwachenden Proletariats scheitern. Wahnsinnige Blutgesetze, die scheinbar wider „die Zügellosigkeit der Juden" gemacht werden, vermögen nicht mehr die Bewegung des Proletariats zu vernichten. Wir hoffen, daß die Leiden der jüdischen Proletarier nicht noch gesteigert werden, wir wissen aber, daß auch die brutalste Gewalt nicht mehr vermag, den Siegeslauf der erwachten Arbeiter zu hemmen — auch in Rußland nicht!

Partei-Nachrichten.

Dem Andenken des Genossen Matthias Daßbach stifteten die Parteigenossen in Hanau einen Denkstein, der kürzlich aufgestellt wurde. Er besteht aus einem freistehenden Epitaphium von rötlichem Sandstein mit Glasplatten, auf denen sich die Inschriften befinden. Die von der Arbeiterschaft ursprünglich beabsichtigte Widmung ist bekanntlich durch die Censur der „freisinnigen" Stadtverwaltung Hanaus verstümmelt worden.

Der Parteitag der Socialdemokratie Dänemarks.

Bei den Verhandlungen über Organisations- und Agitationsfragen wurden noch mehrere wichtige Beschlüsse gefaßt. — Auf Antrag des Verbandsausschusses und mehrerer Abteilungen wurde beschlossen, zwecks Herbeischaffung größerer Geldmittel für die Agitation, daß jedes Mitglied in jedem Jahr einmal an einem bestimmten Tage, der von der Verbandsleitung festgesetzt wird, 25 Oere für die Agitation zu zahlen hat, und daß ferner die Abteilungen des Verbandes in jedem Quartal für jedes Mitglied 5 Oere für denselben Zweck einsenden sollen.

Des weitern fand eine rege Diskussion über die Organisierung der Landarbeiter und Häusler statt. „Wir werden nicht mit den Landeigentümern liebäugeln", sagte der Referent J. P. Sundbo, „und wir werden auch nicht allzu großes Gewicht auf die Errichtung von Häuslerwirtschaften legen. Der Großbetrieb ist hier das principiell richtigste und darum wollen wir diesen nicht über Bord werfen. Wir werden aber dabei beharren, für die Organisation der Häusler und Landarbeiter zu agitieren, sowohl für die politische wie fachliche Organisation" usw. Da nicht hinreichendes Material zur Beurteilung dieser wichtigen Frage vorhanden war, wählte der Kongreß eine elfgliedrige Kommission mit der Aufgabe, das notwendige statistische Material zu sammeln und dann dem Hauptvorstand Vorschläge zu einer planmäßigen Agitation unter der Dienstbotenklasse, den Landarbeitern und den Häuslern zu machen.

Auf Vorschlag des Verbandsausschusses beschloß der Kongreß, „Socialdemokratens" Kontrahentenversammlung zur Herausgabe einer populär-wissenschaftlichen socialistischen Zeitschrift aufzufordern. Ferner wurde beschlossen, daß jedes Jahr nach Schluß des Reichstags eine Uebersicht über die Thätigkeit der socialdemokratischen Reichstags-Fraktion herausgegeben werden soll. Da mehrere Anträge auf Begründung socialdemokratischer Tageszeitungen in verschiedenen Städten vorlagen, beschloß der Kongreß, es der Kontrahenten-Versammlung anheimzustellen, so viele Tageszeitungen zu gründen, wie es „Socialdemokratens" Mittel zulassen.

In der Schlußsitzung, die am Sonntagvormittag stattfand, wurde eine im freihändlerischen Sinne abgefaßte Resolution zur Zollfrage angenommen. — Des weitern beschloß der Kongreß, daß im nächsten Jahre ein Kongreß sämtlicher Gemeindevertreter der Partei stattfinden soll.

Dann wurde der Beschluß gefaßt, den im Jahre 1889 zwecks Aufrechterhaltung der Disciplin innerhalb der Partei erfolgten Ausschluß von sieben Genossen auf Wunsch der Betreffenden aufzuheben.

Der Kongreß wurde am Sonntagnachmittag 1 Uhr mit einer Ansprache P. Knudsens geschlossen.

„Wir haben unsre Arbeit beendet," sagte der Redner. „Wir stehen vollkommen einig und noch besser gerüstet da, als bisher, um in die neue politische Situation einzutreten. Wir wünschen von ganzem Herzen ein „Linken"-Ministerium, das die großen Reformen, für die die Bevölkerung so lange gekämpft hat, durchführen will, und wollen es dann bereitwilligst stützen. Aber wir wünschen nicht, daß das alte unter neuem Namen weiter bestehen soll, und werden mit aller Kraft jede Regierung bekämpfen, die sich auf den Militarismus, auf die Macht der Kirche und des Königs stützt."

Schließlich wurden Hochrufe auf den Socialismus ausgebracht und der Socialistenmarsch gesungen, worauf der Vorsitzende den Kongreß für geschlossen erklärte. — Der nächste Kongreß findet 1903 in Aarhus statt.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Kleine Mitteilungen. Die Cementierer (Zahlstelle IV des Centralverbands der Maurer) beschlossen, vom 1. August an den Extrabeitrag von 10 Pf. auf 20 Pf. zu erhöhen. — Der Verband der Möbelpolierer beschloß, seiner Organisation die Form der Centralisation zu geben. Der Arbeitsnachweis des Verbands ist im zweiten Quartal dieses Jahres von 853 Arbeitsuchenden benutzt worden, von den eingelaufenen 395 Stellenangeboten konnten 342 besetzt werden.

Deutsches Reich.

Zum Generalstreik der Flaschenmacher. Die Fabrikanten versuchen auf jede mögliche Weise, den drohenden Kampf abzuwenden. Nicht etwa, daß sie sich bereit erklärt hätten, auf die Forderungen der Arbeiter einzugehen. Nach dieser Richtung hat die Vereinigung der Fabrikanten, wie bekannt, beschlossen, jede Verhandlung abzulehnen. Die Bemühungen der Fabrikanten gehen vielmehr dahin, die Arbeiter, welche die Kündigung eingereicht haben, zur Zurücknahme derselben zu bewegen. Wir haben vor einigen Tagen derartige Versuche der Gerresheimer Glashütte besprochen. Auch die Aktiengesellschaft vorm. Siemens, deren Werke sich in Dresden und Döhlen befinden, wendet sich in einem Schriftstück, welches in den Fabriken angeschlagen wurde, an die Arbeiter, warnt dieselben vor dem Generalstreik und stellt denen, welche die Arbeit nicht niederlegen, Vorteile in Aussicht. Daß sich irgend ein Arbeiter dadurch hätte bewegen lassen, die Kündigung zurückzunehmen, davon ist nichts bekannt geworden.

Wenn es den Fabrikanten um die Herstellung des Friedens und die Aufrechterhaltung eines geregelten Betriebs zu thun ist, dann sollten sie ohne Bedenken auf das Angebot des Vertrauensmanns der organisierten Glasarbeiter eingehen, und mit den berufenen Arbeitervertretern unterhandeln. Noch ist es Zeit diesen Weg zu beschreiten. Wenn der Kampf erst ausgebrochen ist, dürfte die Herstellung des Friedens sehr erschwert sein.

Soviel steht schon jetzt fest: An den Arbeitern liegt es nicht, wenn es zum Kampf kommt. Sie haben das möglichste gethan, um ihn zu vermeiden, und es wäre im Interesse beider Teile erwünscht, wenn diese Bemühungen nicht vergeblich bleiben würden.

Zum Tabakarbeiterstreik in Nordhausen. Zur Zeit werden erneute Einigungsverhandlungen zwischen Vertretern der Ausgesperrten und der Fabrikanten geführt. Welches Resultat dabei herauskommen wird, läßt sich noch nicht absehen. Vor der Hand wird der Kampf in der bisherigen Weise weitergeführt, vor allen Dingen ist auch der Boykott nach wie vor zu beachten, und nicht eher aufzugeben, als bis ein endgültiger Friedensschluß zu stande gekommen ist.

In Bant-Wilhelmshaven ist kürzlich der Streik der Maurer beendet worden, da aber noch eine Anzahl Arbeitsloser vorhanden war, wurde der Zuzug von Maurern ferngehalten. Die Unternehmer verlangten nun Freigabe des Zuzugs, und als die Arbeiter dem nicht Folge leisteten, sperrten die Unternehmer einen Teil der soeben erst wieder in Arbeit getretenen Maurer aus. Die letzteren haben darauf von neuem den Streik proklamiert.

Die Zimmermeister-Innung in Köln fährt fort, schwarze Listen zu versenden und die auswärtigen Meister um die Nichtbeschäftigung von aus Köln kommenden Zimmerern zu ersuchen. Die Innung betrachtet sich also, wie wir früher schon hervorhoben, als eine Kampforganisation gegen die Gesellen, obwohl dies den gesetzlich festgelegten Aufgaben der Innungen geradezu widerspricht. In dem Preßorgan der Zimmermeister ist neuerdings wieder ein vom Innungsvorstand unterzeichneter Aufruf erschienen, der die Benutzung der schwarzen Listen empfiehlt. Die Gesellen haben beschlossen, gegen diese Ueberschreitung der Befugnisse der Innung bei der Aufsichtsbehörde Beschwerde zu erheben.

Träger des „vornehmsten Rockes" als Streikbrecher. In Colmar streiken die Malergehilfen. Einem Meister, der Arbeiten in einer vom Divisions-Kommandeur gemieteten Wohnung auszuführen hatte, wurden durch den Oberst des Infanterie-Regiments Nr. 171 zwei Musketiere zur Ausführung der Malerarbeiten zugewiesen. Auf eine Beschwerde der Organisation der Maler antwortete der Regiments-Kommandeur, daß die Fertigstellung der betreffenden Wohnung im dienstlichen Interesse geboten sei und durch den Ausstand der Maler die Arbeiten keine Verzögerung erleiden dürften.

Mag doch der betreffende Meister sich mit seinen Gehilfen einigen, dann werden die im „dienstlichen Interesse" gebotenen Arbeiten auch rechtzeitig fertig werden. Der Regiments-Kommandeur hat doch nicht die Aufgabe, einem Privatmann, der seine geschäftlichen Verpflichtungen nicht erfüllen kann, durch Zuweisung von Arbeitskräften unter die Arme zu greifen, um so weniger, als es sich hier um einen wirtschaftlichen Interessenkampf handelt, in den einzugreifen sich der Herr Oberst hüten sollte.

Bäckermeister als Lohndrücker der Mehlkutscher. Die Mehlhändler hatten den Kutschern infolge einer Lohnbewegung das Zugeständnis gemacht, daß die Kutscher die Mehlsäcke nur bis vor das Haus des Bäckers bringen brauchen, und daß für den weiteren Transport bis zum Lagerraum der Bäckermeister eine besondere Vergütung an den Kutscher zu zahlen habe. Ein Teil der Bäckermeister weigert sich, diese Vergütung zu zahlen, und die Innung „Germania", deren Vorstand seinen Mitgliedern den Abschluß eines einheitlichen Vertrags mit den Mitgliedern empfahl, wonach den Kutschern die oben genannte Vergütung zugesichert wird, lehnte diesen Vorschlag ab und beschloß, die Regelung dieser Angelegenheit jedem einzelnen Bäckermeister zu überlassen.

Demnach ist also den Mehlkutschern die kleine Verbesserung ihrer Lage wieder genommen, denn nunmehr werden wohl alle Bäckermeister die Vergütung nicht zahlen.

Die Tarifbewegung der Töpfer in Brandenburg a. H., denen bekanntlich der bis dahin geltende Lohntarif von den Arbeitgebern gekündigt worden war, ist dadurch zum Abschluß gekommen, daß der gekündigte Tarif auf zwei Jahre, bis 1. August 1903, verlängert und dadurch die beabsichtigte Lohnkürzung abgewehrt worden ist.

Ausland.

Ein Eisenbahner-Streik in Italien. Das Personal der sardinischen Sekundärbahnen, etwa 1200 Mann, befindet sich im Streik. Der Ausstand dehnt sich auf alle Angestellten der Linien Cagliari—Isili—Sorgono—Tortoli und auf das fahrende Personal des Netzes Maromer aus. Die Ausständigen fordern Gehaltserhöhung und andre Aufbesserungen ihrer Lage.

Der Ausstand der Heizer in den pennsylvanischen Bergwerken ist in einer am 22. d. M. stattgehabten gemeinsamen Sitzung der Ausstandsleitung und des Vorstands der vereinigten Grubenarbeiter für beendet erklärt.

Zum amerikanischen Stahlarbeiter-Streik wird der „Frankf. Zeitung" aus New York gemeldet: Die Versuche des Stahltrustes, den Betrieb in seinen Werken wieder aufzunehmen, haben zu keinem Erfolge geführt. Die Arbeiterführer des ganzen Landes werden ehestens zu einer Konferenz in Washington zusammentreten.

Sociales.

Die hiesige Bäckerinnung Germania erklärte sich mit den Beschlüssen des Verbandstags in Krossen einverstanden. Für die Aufhebung der Nachtarbeit trat lediglich der Bäckermeister Pfeiffer ein. Alle übrigen Redner stellten sich auf den Standpunkt, daß sich der Verbandstag durch seinen Beschluß für Beibehaltung der Nachtarbeit ein Verdienst um die Bäckermeister erworben habe. Eigentlich sollte man meinen, daß den Bäckermeistern doch kein Schaden erwachsen könne aus der Abschaffung der Nachtarbeit; es wird kein Stückchen Backwerk weniger gegessen werden, wenn es am Tage gebacken wird. Es ist offenbar nur die Folge des einsichtslosen Hängens am alten Schlendrian, daß sie sich so sehr gegen diese, im Interesse der Bäckerei-Arbeiter höchst wünschenswerte Neuerung sträuben.

Die Krisis. Unser Breslauer Parteiblatt berichtet auch von dort über große Arbeitslosigkeit namentlich in der Metallindustrie. In vielen Fabriken ist die Zahl der Arbeiter schon wesentlich verringert worden; anderseits benützen die Unternehmer die Gelegenheit zu Herabsetzungen der Löhne. Wenn irgendwo eine Stellung frei wird, sind die Angebote von Arbeitslosen äußerst zahlreich. Während überdies vielfach mit verkürzter Zeit gearbeitet wird, klagen die Arbeiter der „Maschinenbau-Anstalt Breslau", daß noch einzelne Arbeiter Ueberstunden machen müssen ohne höhere Bezahlung. Das ist eine Erscheinung, die vielfach beobachtet wird, und sowohl die Planlosigkeit unsrer Arbeitsweise wie auch die Gewinnsucht unsrer Unternehmer kennzeichnet.

Ein Gesetz über den Arbeitsvertrag der Reservisten und Landwehrleute ist in Frankreich erlassen worden. Es hat nach der Bekanntmachung im „Regierungsanzeiger" folgenden Wortlaut:

Art. 1. In Sachen der Dienstinteite kann, wenn der Arbeitgeber, ein Angestellter oder ein Arbeiter als Reservist oder Landwehrmann für eine obligatorische militärische Uebungsperiode unter die Fahnen gerufen wird, der Arbeitsvertrag durch diese Thatsache nicht gebrochen werden.

Art. 2. Selbst dann, wenn aus irgend einem andren legitimen Grunde der Vertrag durch die eine oder die andre Partei gekündigt wird, ist die Dauer der Uebung aus den üblichen Kündigungsfristen ausgeschlossen; ausgenommen nur den Fall, wo der Vertrag ein temporäres Unternehmen betrifft, welches vor Schluß der Uebungsperiode zu Ende geht.

Art. 3. Im Falle der Verletzung vorstehender Artikel hat die geschädigte Partei den Anspruch auf Entschädigung, entsprechend den Vorschriften des Art. 1780 des Code Civil.

Art. 4. Alle den vorstehenden Dispositionen zuwiderlaufenden Stipulationen sind null und nichtig von Rechts wegen.

Die Bevölkerung in China soll sich nach den Veröffentlichungen eines chinesischen Journals jetzt im Ganzen auf 383 253 000 Seelen belaufen. Auf die Provinzen soll diese Zahl sich folgendermaßen verteilen: Chili 17 937 000, Shantung 36 247 000, Shansi 12 211 000, Honan 22 115 000, Kiangsu 20 905 000, Anhui 20 596 000, Kiangsi 24 584 000, Chekkiang 11 580 000, Fukkien 22 190 000, Hupeh 22 190 000, Hunan 21 000 000, Shensi 8 482 000, Kansuh 9 285 000, Szechuan 67 712 000, Kwangtung 22 706 000, Kwangsi 5 151 000, Kweichou 7 669 000, Yunnan 11 721 000.

Der Tuberkulose-Kongreß in London.

In der Dienstags-Sitzung des Tuberkulose-Kongresses hielt Professor Dr. Robert Koch-Berlin einen bedeutungsvollen Vortrag über: „Die Bekämpfung der Tuberkulose im Lichte der Erfahrungen, die bei der erfolgreichen Bekämpfung andrer Infektionskrankheiten gewonnen worden sind." Der Hauptinhalt des Vortrags ist folgender: Nach der Entdeckung des Tuberkelbazillus sei an der Möglichkeit der allmählichen vollständigen Beseitigung der Tuberkulose als Volkskrankheit nicht mehr zu zweifeln. Der Weg hierzu müsse durch genaue Erforschung der Art der Uebertragung der Krankheit gefunden werden. Der Grundsatz, jede der Infektionskrankheiten nach ihren besonderen Eigentümlichkeiten zu bekämpfen, habe zu bedeutenden Erfolgen geführt. Die Bekämpfung der Pest werde fortschreiten, wenn erst der Grundsatz, daß nicht die erkrankten Menschen (von den wenigen Fällen von Lungenpest abgesehen), sondern die Ratten die Ueberträger der Krankheit sind, die amtlichen Maßnahmen beherrschen werde. Die Beseitigung der Cholera werde vor allem durch Besserung der Trinkwasser-Verhältnisse erreicht. Die Hundswut müsse durch allgemeine Einführung des Maulkorbzwangs zum Verschwinden gebracht werden. Besonders lehrreich seien die bei Bekämpfung der Lepra erzielten Erfolge. Diese Krankheit, die nur von Person zu Person übertragen werde, sei in Norwegen durch zwangsweise Abschließung der schwer Erkrankten in ihrer Ausbreitung beträchtlich gehemmt worden. Was nun die Tuberkulose selbst angehe, sei die Uebertragung von Mensch zu Mensch durch den Auswurf zweifellos die Hauptursache ihrer Verbreitung; Vererbung hingegen komme nur sehr wenig in Betracht. Die Frage der Möglichkeit der Uebertragung der Krankheit durch Milch oder Fleisch tuberkulöser Rinder auf den Menschen veranlaßte den Redner zu eingehenden Versuchen, die er mit Unterstützung des preußischen Landwirtschafts-Ministeriums gemeinsam mit Professor Schütz von der Thierärztlichen Hochschule in Berlin zwei Jahre hindurch ausführte. Es erwies sich die vollkommene Unmöglichkeit, die menschliche Tuberkulose auf die Versuchsrinder, denen fortgesetzt in verschiedener Weise menschliche Tuberkel-Bazillen beigebracht wurden, zu übertragen. Damit war die völlige Verschiedenheit zwischen der Tuberkulose der Menschen und der Rinder unwiderleglich dargethan. Der Vorsitzende fügt hinzu, daß die deutsche Regierung Maßnahmen für die Fortführung derartiger Untersuchungen getroffen habe. Die Uebertragbarkeit der Tuberkulose der Rinder auf den Menschen hält Prof. Koch für höchst unwahrscheinlich, da die Fälle äußerst selten seien, in welchen primäre Tuberkulose der Eingeweide nachgewiesen werden könne. Maßnahmen gegen diese Art der Uebertragung seien entbehrlich. Redner erörtert alsdann die Mittel zur Bekämpfung der Uebertragung von Mensch zu Mensch, durch deren Ausbau die Seuche allmählich zu beseitigen sei. Vor allem müssen durch planmäßiges Vorgehen die Wohnungsverhältnisse der ärmeren Bevölkerung verbessert, ihr allzudichtes Zusammenleben verhindert werden. Alle schwerer Erkrankten müssen, um sie nicht zu einer Quelle der Ansteckung werden zu lassen, der Krankenhaus-Behandlung zugeführt werden. Zur Frage der Lungenheilstätten übergehend erklärt es Redner für sicher, daß die Tuberkulose in den früheren Stadien heilbar ist, warnt jedoch vor einer Ueberschätzung der Bedeutung der Heilstätten. In Deutschland dürften jährlich etwa 4000 Personen durch diese Genesung finden, während 226 000 Personen wegen Schwindsucht in Krankenhausbehandlung standen. Größerer Einfluß auf den Rückgang der Krankheit komme den vorerwähnten allgemeinen sanitären Maßnahmen zu. Namentlich befürwortet Redner die Nachahmung der von der Stadt New York getroffenen Einrichtungen, dank denen die Sterblichkeit an Schwindsucht seit 1886 um mehr als 35 Proz. gesunken sei. Prof. Dr. Koch schloß mit dem Ausdruck der festen Ueberzeugung, daß bei Benutzung der im Kampfe mit andren Seuchen gewonnenen Erfahrungen, wenn unrichtige Wege vermieden und das Uebel an der Wurzel getroffen werde, der Kampf gegen die Tuberkulose zum siegreichen Ende führe.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Der Krach.

Köln, 23. Juli. (W. H.) Ueber den **Zusammenbruch der Aktiengesellschaft Terlinden** erfährt die „Köln. Ztg.", daß der seit zehn Tagen flüchtige Leiter Terlinden sowohl die mit ihm arbeitenden Banken als auch den eignen Aufsichtsrat seit Jahren in der unerhörtesten Weise beschwindelte. Alle bisher für die Aktiengesellschaft aufgestellten Bilanzen sind gefälscht. Die Verbindlichkeiten betragen nach vorläufiger Feststellung 12 Millionen Mark, denen 6 Millionen Vermögenswert gegenüberstehen. Terlinden hat es seit Jahren darauf angelegt, durch betrügerische Handlungsweise Millionen beiseite zu schaffen, um alsdann zu verschwinden. Der verhaftete Prokurist Kospatt gestand die Fälschungen in den Büchern und Finanzen ein, gab aber an, hierzu von Terlinden veranlaßt worden zu sein. Der Zusammenbruch dürfte weitere Zahlungseinstellungen nach sich ziehen.

Das neue dänische Ministerium.

Kopenhagen, 23. Juli. (W. T. B.) Der König hat heute folgende von Professor Deuntzer vorgelegte Ministerliste genehmigt: Minister-Präsident und Minister des Aeußern: Deuntzer; Justiz: der Anwalt beim Höchsten Gericht Alberti; Kultus: Staatsrevisor J. C. Christen; Finanzen: Großhändler C. Hage; Ackerbau: Landwirtschafts-Kommissar Ole Hansen; öffentliche Arbeiten: Redacteur Hörup; Marine: Kontre-Admiral Jöhnke; Krieg: Oberst W. H. O. Madsen; Inneres: Redacteur Enevold Sorensen. Sämtliche Minister gehören der Partei der Linken an.

Bochum, 23. Juli. (W. T. B.) Auf der „Alten Schacht"(Zeche Präsident) **stürzten zwei Bergleute in den Schacht** und fanden ihren Tod.

Molde, 23. Juli. (W. T. B.) Die „Hohenzollern" ist mit den Begleitschiffen bald nach 8 Uhr abends hier eingetroffen.

Frankfurt a. M., 23. Juli. (W. H.) Aus New York wird der „Frankfurter Zeitung" gemeldet: Der **Zuckertrust** erhöhte sein Kapital um 15 Millionen Dollars behufs einer Operation auf Kuba und Portoriko. Der Trust strebt zweifellos in den nächsten Tagen des Kongresses die Zollfreiheit für diesen Rohzucker an.

Stockholm, 23. Juli. (W. T. B.) **Die Explosion auf dem amerikanischen Dreimaster „Louise Adelaide"** in Gädvigen wurde durch eine Entzündung ausströmender Gase hervorgerufen. Das Feuer hält im Ladungsraum des Schiffes noch an. Durch die Explosion wurden nicht, wie früher gemeldet, 10 sondern 12 Personen getötet, gerettet wurden 3 Personen.

Paris, 23. Juli. (W. H.) Der **Ausstand der katholischen Eisenbahnarbeiter** ist beendet, nachdem die Gesellschaft die Forderungen der Ausständischen angenommen hat. Diese gehen dahin: Lohnentschädigung bei Krankheitsfällen; Auszahlung der Löhne für die Zeit des Streiks; Uebernahme der Verpflichtung Arbeiterentlassungen aus Anlaß des Streiks nicht vorzunehmen und sich bei künftiger Meinungsverschiedenheiten dem Spruche des Schiedsgerichts zu unterwerfen.

London, 23. Juli. (W. T. B.) **Lord Milner** wurde heute in der Guildhall der Ehrenbürgerbrief der City in einem goldenen Kasten überreicht. Chamberlain und mehrere andre Minister waren anwesend. Der Lordmayor rühmte Milners hervorragende Leistungen in Südafrika, die vom ganzen Reiche dankbar gewürdigt würden. Milner nahm hierauf, von lebhaften Zurufen begrüßt, das Wort und führte folgendes aus: Er betrachte die ihm zu teil gewordene Ehre als einen schlagenden Beweis von der Hochherzigkeit des britischen Volkes gegenüber denjenigen Landsleuten, die für seine Interessen kämpfen. Die große Masse der denkenden Menschen haben erkannt, daß es sich jetzt um eine große nationale Frage handle. So tief und allgemein die Sehnsucht nach Frieden sei und so sehr die Engländer auch bedacht seien, einem ehrenwerten Feinde die Unterwerfung leicht zu machen, so gebe es doch wenige, die willens wären, dies durch Zugeständnisse zu erkaufen, die die Zukunft gefährden, oder die Gefahr eines Volksaufstandes heraufzubeschwören dadurch, daß wiederholtes vorbedachtes Verbrechen und blutiger Verrat als entschuldbarer Verstoß behandelt würden. Zwischen den wackeren alten Burghers, die noch immer zu den Leitern der bisherigen Republiken ständen, und jenen umherschweifenden Raufbolden, welche ihre eignen Landsleute in der Kapkolonie heimsuchten, bestehe ein gewaltiger Unterschied. Jetzt, schloß Milner, wo allgemein anerkannt ist, welchen Wert sie für uns haben und wo auch unsre Pflicht ihnen gegenüber feststeht, müssen wir uns aber hüten, uns bei dem Bemühen, die Herzen unsrer bisherigen Feinde zu gewinnen, das Vertrauen derjenigen zu entfremden, die die ganze Zeit über unserer Freunde gewesen sind. Unlösbar ist diese Aufgabe nicht, aber man muß an die gewaltigen Schwierigkeiten denken, die sich bei der Frage der konstitutionellen Probleme in beiden neuen Staaten und schließlich bei der Frage der südafrikanischen Föderation ergeben werden. Ich habe aber volles Vertrauen zu unser unparteiischen und nicht zu beirrenden Regierung und die kühne Entwickelung der gewaltigen Hilfsquellen des Landes hat schon jetzt kräftig zur Förderung des schon eingeleiteten Wiederaufbaues des alten Wohlstandes beigetragen."

Verantwortlicher Redacteur: Carl Leid in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin. Hierzu 1 Beilage u. Unterhaltungsblatt.

Nr. 170. 18. Jahrgang. **Beilage des „Vorwärts" Berliner Volksblatt.** Mittwoch, 24. Juli 1901.

Arbeiter, Parteigenossen! Versäumt nicht die Wählerlisten zur Stadtverordnetenwahl einzusehen. Die Listen liegen zur Einsicht im städtischen Wahlbureau, Poststraße 16, Zimmer 57, bis zum 30. Juli an den Wochentagen in der Zeit von 9 bis 3 Uhr, am Sonntag von 11 bis 1 Uhr aus. Auch werden an den bekannten Stellen Aufträge zur Einsichtnahme in die Wählerlisten entgegengenommen.

Die Verluste in China.

Nebenstehende Darstellung veranschaulicht die Verluste des deutschen Expeditionscorps und der Marine in China.

Die Gesamtverluste der Landtruppen in Gefechten betrugen: 13 Offiziere, 20 Unteroffiziere, 122 Mann; davon tot 1 Offizier, 1 Unteroffizier, 31 Mann, schwer verwundet 4 Offiziere, 6 Unteroffiziere, 19 Mann, leicht verwundet 8 Offiziere, 13 Unteroffiziere, 72 Mann.

Außerdem sind an Krankheiten oder durch Verunglückung gestorben bei den Stäben 4 Offiziere, 1 Unteroffizier, 1 Mann; Infanterie 8 Unteroffiziere, 80 Mann; Kavallerie 4 Mann; Feldartillerie 1 Unteroffizier, 17 Mann; Fußartillerie 6 Mann; Pioniere 1 Offizier, 1 Unteroffizier, 6 Mann; Verkehrstruppen 3 Mann; Train 1 Unteroffizier, 4 Mann; zusammen 5 Offiziere, 12 Unteroffiziere, 121 Mann = 138 Köpfe; dazu vermißt 5 Mann der Infanterie, 2 der Feldartillerie, zusammen 7 Köpfe. Mithin beziffert sich der Gesamtabgang des ostasiatischen Expeditionscorps auf 18 Offiziere, 32 Unteroffiziere, 250 Mann, zusammen 300 Köpfe.

Was die Gesamtverluste der deutschen Marine anlangt, so sind gefallen, verunglückt, an Krankheit gestorben, oder wurden vermißt: 155.

Leicht oder schwer verwundet wurden: 132 Mann. Die chinesischen Ereignisse haben im ganzen somit 287 Opfer von der Flotte gefordert.

Es ergiebt sich aus der Vergleichung, daß die Zahl der von Chinesen erschossenen Deutschen verhältnismäßig geringfügig ist: 91 Mann für Landarmee und Marine zusammen genommen. Dagegen betragen die Verluste aus Unglücksfällen oder Krankheiten das Dreifache: 277 Mann.

Auch das ist wieder ein Beweis, daß es sich bei der China-Expedition gar nicht um einen Krieg gegen einen wahrhaften Feind gehandelt hat, sondern um bloße Vogerjagden.

Um das Grauenhafte dieses Bildes zu vervollständigen, müßte man wissen, wie viel Opfer an Chinesen dieser Rachezug gekostet hat. Es ist wohl eher niedrig als zu hoch gegriffen, wenn man hier eben so viel Tausende von Gefallenen annimmt, wie auf deutscher Seite Einzelne getötet sind.

Streiks im Jahre 1900 nach der Statistik der Gewerkschaften.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands veröffentlicht die von den Centralverbänden aufgenommene Statistik für das Jahr 1900. Sie weist aus, daß in 45 Berufen 852 Streiks, mit 115 711 Beteiligten, 3284 wöchentlicher Dauer und einem Kostenaufwande von 2 936 030 M. geführt worden sind.

Unter den 115 711 Streikenden befanden sich 4270 weibliche Personen. Die 852 Streiks dauerten 22 988 Tage, einschließlich der Sonn- und Festtage, so daß auf jeden Streik durchschnittlich 27 Tage entfallen. Von den Streiks waren 375 = 44,1 Proz. erfolgreich, 215 = 25,3 Proz. teilweise erfolgreich und 217 = 25,5 Proz. erfolglos, während für 21 der Ausgang nicht bekannt ist und 19 am 1. Januar 1901 noch nicht beendet waren. Gegenüber dem Vorjahre hat sich das Verhältnis zu Ungunsten der Arbeiter geändert. Im Jahre 1899 waren 53,7 Proz. der Streiks erfolgreich und nur 21,8 Proz. erfolglos. Da die Organisationsverhältnisse im letzten Jahre nicht ungünstiger geworden sind, so dürfte der geringere Erfolg bereits als eine Wirkung der sich verschlechternden wirtschaftlichen Konjunktur anzusehen sein.

Es ist der Versuch gemacht worden, auch den Verlust an Arbeitszeit und Arbeitsverdienst der Streikenden festzustellen, jedoch ist dies nur für die Hälfte (von 115 711 für 62 273) der Streikenden und für 608 von 852 Streiks möglich gewesen, was von der Generalkommission auf die Neuheit dieser für die Streikleiter ziemlich schwierigen und zeitraubenden Arbeit zurückgeführt wird.

Zu den hier genannten Streiks kommt noch eine Anzahl, für die keine Einzelangaben gemacht sind. Danach erhöht sich die Zahl der Streiks auf 994 und die der beteiligt gewesenen Personen auf 116 214.

Die größte Zahl der Streiks hatten die Maurer zu führen. In diesem Gewerbe wurden 157 Streiks gezählt. Dann folgen die Holzarbeiter mit 111 und die Metallarbeiter mit 100 Streiks. Die größte Zahl der beteiligten Personen hatten die Holzarbeiter mit 17 435, dann folgen die Bergarbeiter mit 16 620, die Maurer mit 15 264, die Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter mit 12 468, die Metallarbeiter mit 10 622 und die Schneider mit 5054 Beteiligten. In allen andren Gewerben wurden weniger als 5000 Streikende gezählt. Die geringste Zahl, mit 9 Streikenden, hatten die Graveure.

Von den 852 Streiks waren 514 oder 60,3 Proz. Angriffsstreiks und 338 oder 39,7 Proz. Abwehrstreiks. An den Angriffsstreiks waren 86 786 Personen = 75 Proz. aller Streikenden beteiligt. Die Streiks dauerten insgesamt 14 074 Tage und erforderten 1 946 823 M. Kosten.

An den Abwehrstreiks waren 28 925 Personen beteiligt. Diese Streiks dauerten 8914 Tage und kosteten 975 841 M.

Die Ausgaben, welche zur Streikführung erforderlich waren, wurden im letzten Jahre zum größten Teile von den Gewerkschaften aus ihren Kassen gedeckt. Von der Gesamtausgabe von 2 936 030 M. kamen 2 487 853 M. aus der Verbandskasse, 282 932 M. aus freiwilligen Beiträgen der Mitglieder, 160 036 M. aus Sammlungen, 59 607 M. von andren Gewerkschaften und 5800 M. aus dem Auslande. Es wurden demnach 84,4 Proz. der Ausgaben aus den Verbandskassen gedeckt.

Die nachstehende Tabelle giebt Auskunft über die Streiks seit 1890.

Jahr	Anzahl der Gewerbe, in denen Streiks vorkamen	Anzahl der Streiks	Zahl der beteiligten Personen	Dauer der Streiks in Wochen	Gesamt-Ausgabe M.
1890—91	27	226	38 536	1348	2 094 922
1892	21	73	3 022	507	84 638
1893	26	116	9 356	568	172 001
1894	27	131	7 328	879	354 297
1895	29	204	14 032	1030	424 231
1896	40	483	128 808	1923	3 042 950
1897	37	578	63 119	1921	1 257 298
1898	44	985	60 162	4848	1 845 302
1899	40	976	100 779	3976	2 627 119
1900	45	852	115 711	3284	2 936 030
		4624	540 853	20 284	14 838 788

In diesem ganzen Zeitraum waren von den gezählten Streiks 54,9 Proz. dem Angriff gewidmet und die übrigen auf Abwehr gerichtet.

Die Angaben der Gewerkschaften weichen auch diesmal wieder erheblich von denen der amtlichen Statistik ab. Die amtliche Statistik zählt 1462 Streiks mit 122 808 Beteiligten, die Gewerkschaftsstatistik 852 Streiks mit 115 711 Beteiligten, und wenn wir die in den vorstehenden Tabellen nicht verzeichneten Streiks hinzurechnen, so berichtet die Gewerkschaftsstatistik über 994 Streiks mit 116 214 Beteiligten. In der amtlichen Statistik sind also 528 Streiks, jedoch nur 6589 Beteiligte mehr verzeichnet als in der Gewerkschaftsstatistik, das sind 1/3 mehr Streiks, jedoch nur 1/20 mehr Beteiligte.

Der Berichterstatter der Generalkommission, Genosse Legien, läßt sich über diese Verschiedenheiten aus, indem er schreibt:

„Die Zahl der Streiks wird in der amtlichen Statistik immer höher, die Zahl der Beteiligten immer niedriger sein als in der Gewerkschaftsstatistik. In der amtlichen Statistik werden die Streiks nach Verwaltungsbezirken gezählt, so daß ein Streik mehrmals gezählt werden kann, der in der Gewerkschaftsstatistik nur einmal gezählt wird, weil er von derselben Organisation geleitet und infolge gemeinsamen Beschlusses der in mehreren Verwaltungsbezirken wohnenden Beteiligten herbeigeführt ist. So zählt zum Beispiel die Gewerkschaftsstatistik im Braunkohlen-Bergbau nur drei Streiks, und zwar im Meuselwitzer, Zeitzer und Hallenser Becken, während die amtliche Statistik hier 17 Streiks zählte.

So erheblich sind allerdings die Abweichungen nur bei den Bergarbeitern, weil in keinem andren Gewerbe für so weite Gebiete gemeinsam über eine Arbeitseinstellung beschlossen wird. Aus der verschiedenartigen Zählungsmethode der beiden Statistiken kann also die bedeutende Differenz der beiden Ergebnisse sich nicht allein erklären lassen. Vielleicht wird diese Erklärung bei dem vorzunehmenden Vergleich der Einzelstreiks sich ergeben.

Die Zahl der Beteiligten wird in den beiden Statistiken nicht übereinstimmen, weil in der amtlichen Statistik nach einer „Höchstzahl" der gleichzeitig Streikenden gefragt wird. Diese „Höchstzahl" kann unter Umständen nur die Hälfte der an einem, auf eine größere Zahl von Betrieben sich erstreckenden Streik Beteiligten darstellen. Dies kann eintreten, wenn an der Arbeitseinstellung nicht sofort alle in den Betrieben Beschäftigten sich beteiligen, sondern später eine größere Zahl hinzutritt, während gleichzeitig in andren Betrieben, infolge Bewilligung der Forderungen, die Arbeit wieder aufgenommen wird. Diese Zählungsmethode der amtlichen Statistik ist falsch, und ist es bedauerlich, daß das Statistische Amt an ihr festhalten zu wollen scheint. In der Gewerkschaftsstatistik wird dagegen jeder einzelne gezählt, der an einem Streik beteiligt ist. Ob aus diesem Umstand allein die bedeutende Abweichung, (1/3 Streiks, jedoch nur 1/20 Streikende mehr) in den Ergebnissen der beiden Statistiken resultiert, bedarf einer näheren, längere Zeit in Anspruch nehmenden Prüfung.

Nach der amtlichen Statistik waren von den 1433 beendeten Streiks 1127 = 79 Proz. Angriffsstreiks und 306 = 21 Proz. Abwehrstreiks. Nach der Gewerkschaftsstatistik waren 60 Proz. der Streiks Angriffsstreiks und 40 Proz. Abwehrstreiks.

Wie hier nach den Angaben der Unternehmer und den Annahmen der „untergeordneten Polizeiorgane" die Ursache der Streiks anders beurteilt wird, als dies seitens der Arbeiter geschieht, so wird auch der Ausgang respektive das Resultat der Streiks von diesen beiden Seiten verschieden beurteilt werden. Nach der amtlichen Statistik waren von den Streiks 275 = 19,2 Proz. erfolgreich, 505 = 35,2 Proz. teilweise erfolgreich und 653 = 45,6 Proz. erfolglos, während die Gewerkschaftsstatistik über 44,1 Proz. erfolgreicher, 25,3 Proz. teilweise erfolgreicher und 25,5 Proz. erfolgloser Streiks berichten kann."

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Dritter Wahlkreis. Sonntag, den 27. Juli: Ausflug des Wahlvereins. Näheres am Sonnabend im „Vorwärts".

Der Vorstand,

Charlottenburg. Die Sperre über den Saal der Gambrinus-Brauerei halten wir trotz der Erklärung der Brauerei in der Annonce aufrecht, da der Oekonom bis jetzt mit der Lokalkommission zur Regelung der Angelegenheit nicht in Verbindung getreten ist.

Wilhelm Liebke, Obmann der Lokalkommission.

Mariendorf. Sonnabend, den 27. Juli, hält der Kraft-, Turn- und Artistenverein „Jugendkraft" einen Sommernachtsball im Schwarzen Adler (Inh. Haack) ab. Da Billets zu diesem Vergnügen in Arbeiterkreisen angeboten werden, so halten wir uns für verpflichtet, an dieser Stelle nochmals darauf hinzuweisen, daß das betr. Lokal für die Arbeiterschaft gesperrt ist.

Der Wahlverein für Mariendorf.

Köpenick. Durch den Tod unsres Parteigenossen und Stadtverordneten August Fiedler kommt die dritte Wählerklasse in die Lage, in diesem Jahre eine Neuwahl vorzunehmen. Es ist daher dringend notwendig, daß die Parteigenossen sich überzeugen, ob sie auch in die Liste der stimmfähigen Bürger, welche im Rathause, Zimmer Nr. 3, ausliegt, eingetragen sind. Für alle diejenigen, welche verhindert sind, die Liste selbst einzusehen, sind außer den in der Donnerstag-Nummer bekannt gegebenen Adressen auch der Vorstand des Wahlvereins sowie die bekannteren Parteigenossen bereit, die Liste einzusehen, wenn sie rechtzeitig davon benachrichtigt werden.

Lokales.

Wo bleiben die Trinkbecher an den Straßenbrunnen? Der vielfach und seit langem geäußerte Wunsch, daß die Straßenbrunnen Berlins mit Trinkbechern ausgerüstet würden, sollte in diesem Jahre erfüllt werden. Daß das noch in diesem Jahre geschehen würde, das mußte wenigstens angenommen werden, als Anfang April von der städtischen Tiefbauverwaltung die Lieferung der Becher für 1200 Brunnen öffentlich ausgeschrieben wurde. Aber seitdem sind nun beinahe vier Monate vergangen, und noch immer ist nichts von den Bechern zu sehen. Wie notwendig die Anbringung solcher Becher an den Straßenbrunnen ist, das konnte man gerade in den letzten Wochen täglich beobachten. Zahlreich waren an den heißen Tagen die Personen, die die Brunnen benutzten und dabei das Wasser aus der hohlen Hand oder aus dem Hut trinken mußten, weil die Becher fehlten. Besonders Laufburschen und alle die noch schulpflichtigen Kinder, die zu Botendiensten verwendet werden, sind im Sommer fast ausschließlich auf die Straßenbrunnen angewiesen. Uebrigens wurden nach unsren Beobachtungen auch diejenigen Brunnen wieder recht fleißig benutzt, die die bekannte, aber meist nicht sehr auffällig angebrachte Inschrift „Kein Trinkwasser!" tragen. Wenn die ein gutes Trinkwasser liefernden Brunnen mit Bechern ausgerüstet würden, so würden die Brunnen mit ungenießbarem Wasser schon durch das Fehlen des Bechers auffallen und dementsprechend von den Durstigen gemieden werden.

Die Hundstage nehmen morgen, am 24. Juli, ihren Anfang und dauern bis zum 24. August. Sie haben bekanntlich ihren Namen von dem um diese Zeit stattfindenden Aufgange des Hundsterns oder Sirius, des hellsten Fixsterns im Sternbilde des Großen Hunds. Hoffentlich machen die Hundstage diesmal ihren alten Ruf, die heißeste Zeit des Jahrs zu sein, recht gründlich zu Schanden, da wir mit dem Maß an Hitze, welches uns bisher beschieden war, schon vollständig zufrieden sind.

Die Fontänen-Anlage auf der neuen Roßstraßen-Brücke läßt seit Dienstag ihre Wasser springen. Zu beiden Seiten der mit Fischen, Krebsen, Fröschen und andern Wassertieren geschmückten Sandsteinsäule, die von einem auf den Hinterfüßen sitzenden und mit den Vorderfüßen das Wappen der Stadt Berlin haltenden heraldischen Rosse gekrönt wird, speien zwei Seelöwen Wasserstrahlen in Bronzebecken, die sich in einem am Fuße der Säule angebrachten Erker befinden.

Der Verein Berliner Hochschullehrer für volkstümliche Kurse beabsichtigt im ersten Vierteljahr des nächsten Wintersemesters folgende Vortragscyklen (je sechs Abende durchschnittlich, wöchentlich einmal von ½9—10 Uhr) zu veranstalten: 1. Geh. Rat Waldeyer „Herz- und Blutgefäße". 2. Geh. Rat Diels und Dr. Helm „Einführung in die lateinische Sprache" (Elementarunterricht). 3. Geh. Rat Lampe und Dr. Steinitz „Einführung in die Geometrie" (Elementarkurs). 4. Prof. Dr. Neesen und Dr. Aschkinaß „Einführung in die Physik, 1. Teil Mechanik" (Elementarkurs). Da von Seiten der Studierenden der Berliner Hochschulen der Wunsch ausgesprochen worden ist, eine Mitwirkung der Studentenschaft bei diesen Kursen zu gestatten, so teilt jetzt Geh. Rat Diels im Auftrag des Vereins mit, daß diejenigen Studierenden, die sich praktisch an dem Unterricht der erwähnten Kurse beteiligen wollen, sich bei den betreffenden Leitern von Mitte Oktober ab melden können, um dort nähere Mitteilung und Anweisung zu erhalten. An den übrigen Kursen, die der Verein beabsichtigt, deren Programm aber noch nicht ganz feststeht, kann eine Beteiligung der Studierenden nicht in Aussicht gestellt werden.

Falsche Zweimarkstücke sind seit etwa 6 Wochen in den Verkehr gekommen, und zwar besonders an Sonntagen in den Vororten Berlins, wo die Ausflügler zusammenströmten. Ein Teil der Falschstücke stammt aus dem Jahr 1899, ist mit dem Bildnis Kaiser Wilhelms II. versehen, sehr gut gearbeitet und trägt das Münzzeichen A. Im Gegensatz zu andren falschen Stücken sind die Rippen, wenn auch etwas schmal, so doch tadellos gearbeitet. Die Stücke sehen neu aus. In der Aufschrift „Wilhelm II. Deutscher Kaiser" ist das „m" nicht gelungen, während auf der andren Seite zwischen der Aufschrift Zwei Mark und Deutsches Reich die beiden Sterne fehlen und das „u" nicht ausgeprägt ist. Das Geld ist bedeutend leichter, als das echte. — Andre Falschstücke mit der Jahreszahl 1883 und dem Bildnis Kaiser Wilhelms haben ein bläuliches Aussehen und sind fettig anzufühlen. Die Randung ist schwach und anscheinend eingeschnitten. Die Hersteller und Verbreiter sind bisher nicht ermittelt, da die Veranlassung mit großer Vorsicht vorgenommen wurde und bei dem starken Sonntagsverkehr in den Vororten nicht auffallen konnte.

Der famose Bankier- und Serienlosschwindler, der frühere Webergeselle Josef Schott konnte gestern wieder hinter Schloß und Riegel gebracht werden. Sch. betrieb seit einem Jahre wiederum unter dem Namen „Bank- und Wechselgeschäft von M. Brice u. Co." in der Steglitzerstr. 43 seinen alten Schwindel. Den Namen mußte seine Stieftochter hergeben, zu der er noch in andren als stiefväterlichen Beziehungen gestanden haben soll. In Tagesblättern suchte er Käufer für preußische Serienlose. Diese ließ er auf einem Revers die Verpflichtung eingehen, ein Jahr hindurch für monatlich 10 M. bei ihm zu spielen, während er ihnen nur ein selbsthergestelltes Duplikat der Lose, also ein wertloses Stück Papier aushändigte. Gewinne wurden nicht ausgezahlt. Auf die Ankündigung war auch ein Lieutenant v. Z. aus Stettin hereingefallen, der den Vertrag mit Sch. eingegangen war. Das Los kam heraus, und Lieutenant v. Z. sollte nun trotzdem die 12 Monate hindurch mit je 10 M. spielen. Er weigerte sich und ließ sich auch durch die endliche Drohung Schotts, die Sache bei dem Obersten anzuzeigen, nicht abschrecken. Er erstattete vielmehr Anzeige, und der Herr „Bankier", der nebenbei in der Maßenstraße eine große Wohnung inne hat, wurde abgeführt. — Schott hat im übrigen noch ein andres Conto zu begleichen. Er suchte einen Socius mit Geld. Als er einen solchen ohne Mittel fand, wurde ihm eine Braut verschafft, die für den Bräutigam 2000 M. in das Geschäft einzahlen mußte. Sch. war damals angeblich verreist, verbüßte aber thatsächlich eine zweijährige Gefängnisstrafe in Plötzensee und hatte noch eine Zusatzstrafe von 1400 M. erhalten. Diese Summe wurde von den 2000 M., die dem Geschäft zufließen sollten, bei Gericht eingezahlt, so daß Schott die dafür substituierte Freiheitsstrafe nicht mehr zu verbüßen brauchte.

Der vormalige Direktor des Theater des Westens, Paul Blumenreich, verbüßt bekanntlich erst jetzt die im Jahre 1897 über ihn verhängte Gefängnisstrafe in der Strafanstalt zu Plötzensee. Es ist ihm gestattet worden, sich in seiner Einzelzelle litterarisch zu beschäftigen und scheint die Einsamkeit auf seine litterarische Leistung befruchtend zu wirken. Wie berichtet wird, ist seine erste, in Plötzensee entstandene Erzählung „Math. Renson's Reisekameraden" von der „Deutschen Verlagsanstalt" erworben worden; eine andere „Alte Sünden" betitelt, dürfte zunächst in einer Berliner Zeitung erscheinen. Unter der Feder hat Blumenreich einen großen Roman „Kartenhäuser". Uebrigens kommt am 4. August im Wiener Reimund-Theater die Komödie „Was die Frau will . . ." zur ersten Aufführung.

Zum Einbrecher geworden ist der ehemalige Hofkutscher Hermann Kaul, der im Dienste der Kaiserin Augusta gestanden hatte. Bei dem Tode der Kaiserin erbte er den Betrag von 3000 M. Diese sowie eine Ersparnis von 2000 M. verpraßte der von nun an arbeitsscheu gewordene Kaul schnell, ergab sich dem Trunke und betrat dann die Verbrecherlaufbahn. Gestern ist er als Komplize des berüchtigten Einbrechers Düben, der gegenwärtig eine sechsjährige Zuchthausstrafe verbüßt, festgenommen worden. Kaul hatte den Einbruch in Gastwirtschaften als Specialität betrieben.

Zu der schweren Bootskatastrophe auf dem Langen Zug des Kröslimer Sees, über welche wir gestern ausführlich berichteten, wird noch ferner gemeldet:

Die Leichen der Verunglückten sind, nachdem eine Gerichtskommission den Thatbestand aufgenommen, von der Staatsanwaltschaft gestern nachmittag freigegeben worden. Holzmann, der bei der Katastrophe seine Frau, zwei Kinder und eine Schwester verloren hat, scheint vom Unglück besonders verfolgt zu werden. Er hatte außer den beiden am Sonntag ertrunken Kindern noch zwei Töchter gehabt, die vor mehr als Jahresfrist kurz hintereinander an Diphtheritis erkrankten und starben. Die Eltern des Holzmann, die Klavierstimmer Holzmannschen Eheleute, Langestraße Nr. 106 wohnhaft, hatten gestern vormittag noch keine Kenntnis von dem Unglück, durch welches ihnen eine Tochter und vier Enkel entrissen wurden. Auch die Eltern der ertrunkenen Frau Holzmann, das einzige Kind eines hiesigen Börsen-Kassenboten, haben erst durch die Zeitung Kenntnis von dem traurigen Vorfall erhalten. — Wie die Untersuchung ergeben hat, müssen die sieben Kastitenpassagiere mindestens zehn Minuten mit dem Tode gerungen haben. Der ungeheure Wellengang, der die Rettungsarbeiten so außerordentlich erschwerte, machte es jedoch den auf Kähnen zu Hilfe eilenden Personen unmöglich, rechtzeitig die Unfallstelle zu erreichen. Nachdem der Segler vollständig gekentert war, drückte das Wasser derartig gegen die Kajütenthüre, daß dieselbe unmöglich geöffnet werden konnte. Das konnte erst geschehen, nachdem das Boot durch einen Dampfer in seichtes Wasser geschleppt worden war.

Ein Dampfer-Zusammenstoß ereignete sich Montagabend gegen ½10 Uhr. Gegen den von 250 Personen besetzten Stern-Dampfer „Zehdenick" rannte trotz aller Warnungszeichen in der Nähe des Müggelschlößchens ein kleiner, etwa 50 Personen tragender Dampfer. Diesem wurde, soweit man in der Finsternis erkennen konnte, ein Teil der Schiffswand eingedrückt. Die Verwirrung und das Geschrei auf dem beschädigten Fahrzeug waren unbeschreiblich. Die Fahrgäste klammerten sich in ihrer Angst an dem größeren Schiffe an und suchten dieses zu erklimmen. Zum Glück kam ein dritter Dampfer herbei, der das beschädigte Schiff an Land schleppte. Auch auf dem Stern-Dampfer herrschte während des Zusammenstoßes begreiflicherweise die größte Aufregung.

Im Teufelssee ertrunken! Am Montag hatte eine Gesellschaft von 35 Personen eine Landpartie nach den Müggelbergen unternommen. Während des Aufenthalts am Teufelssee bestiegen nach dem Mittagessen, gegen ½3 Uhr, zwei Herren einen Kahn zu einer Fahrt auf dem See. Mitten auf demselben angelangt, wollten die Insassen des Kahns ihre Plätze wechseln; dabei schlug der Kahn um. Während sich der eine Herr verzweiflungsvoll am Bootsrande festzuklammern vermochte und auf diese Weise gerettet wurde, versank der andre lautlos in den Fluten und kam nicht wieder zum Vorschein. Trotz des eifrigen Suchens war es bis gegen Abend noch nicht gelungen, die Leiche zu bergen; das dürfte übrigens ganz unmöglich sein, da der Grund des Sees mit Schlamm und Morast dicht bedeckt ist.

Ein heftiger Zusammenstoß zweier Straßenbahnzüge hat, wie nachträglich gemeldet wird, am Sonntagabend in Pankow stattgefunden. In der Nähe der Florastraße fuhr ein Motorwagen der Straßenbahnlinie Britz—Nieder-Schönhausen auf einen aus Kraft- und zwei Anhängewagen bestehenden Vorzug, der sich mit mäßiger Geschwindigkeit vorwärts bewegte, dadurch auf, daß der Führer des anfahrenden Wagens ohne Rücksicht des vor ihm befindlichen Hindernisses mit der höchsten Stromstärke die Strecke entlang fuhr. Durch den gewaltigen Anprall wurden die beiden Anhängewagen, auf welchen sich glücklicherweise keine Passagiere befanden, demoliert und die beiden Schaffner verletzt. Der schuldige Fahrer, der sofort den Dienst einstellen sollte, weigerte sich entschieden, den Wagen zu verlassen und die Motorkurbeln abzugeben. Er mußte von Straßenbahnbeamten fast gewaltsam vom Wagen heruntergeholt werden.

Vom Hitzschlag getroffen wurde gestern vormittag in der Central-Markthalle die Frau des Schlächtermeisters Hiller, der dortselbst einen Verkaufsstand besitzt. Frau H. war im Begriff, einen Kunden zu bedienen, als sie plötzlich zusammenbrach. Ein hinzugerufener Arzt konnte nur noch den infolge Hitzschlag eingetretenen Tod konstatieren. Die Leiche wurde polizeilich beschlagnahmt und nach dem Schauhause überführt.

Eigenartige Wirkungen hatte ein Blitzstrahl, welcher gelegentlich des Gewitters am Dienstagnachmittag in die Ausschalterkästen der Großen Berliner Straßenbahn vor den Häusern Charlottenstr. 69 und 23 drang. Gegen ¼4 Uhr traf ein Blitzstrahl die elektrische Stromleitung in der Charlottenstraße zwischen Kronen- und Leipzigerstraße. Der elektrische Funke teilte sich und fuhr in die vor den genannten Häusern an den Kabelmasten angebrachten Schalterkästen, deren Inhalt in Brand geriet, und von da aus durch die Stromableiter in die Erde. Die in den brennenden Schalterkästen entstehenden Gase drangen in die hohlen Masten und explodierten dortselbst. Unter donnerähnlichem Getöse sprangen die schweren, an der Spitze der Mastbaume angebrachten Kronen ab und wurden in weitem Bogen auf das Straßenpflaster geschleudert. Die Stromleitung blieb unbeschädigt, ebenso zwei elektrische Straßenbahnwagen, die sich im Moment des Unfalls an der Haltestelle an der Leipzigerstraße befanden. Die hinzugerufene Feuerwehr löschte mit einigen Eimern Wasser den Brand in den Schalterkästen, so daß die Reparaturarbeiten sofort vorgenommen werden konnten und die Betriebsstörung nur kurze Zeit dauerte.

Von dem Gewitter wurden wie auch am Sonntag die nördlichen Stadtteile, ganz besonders der Gesundbrunnen, betroffen. Gegen 2 Uhr nachmittags ging dort ein wolkenbruchartiger Regen nieder, durch welchen selbst höher gelegene Straßen unter Wasser gesetzt wurden. Die Brunnenstraße in der Nähe der Lortzingstraße war für kurze Zeit fast unpassierbar.

Lebensgefährlich verbrannt ist Dienstagnachmittag der 15jährige A. Bombe, An der Ostbahn 17 wohnhaft. Im Begriff, Spiritus auf einen Kocher zu gießen, explodierte der Spiritusbehälter unter starkem Knall und die brennende Flüssigkeit setzte im Nu die Kleider des jungen Menschen in Flammen. Dieser hatte zwar noch die Geistesgegenwart, aus der Küche unter Hilferufen nach dem Korridor zu flüchten, doch brach er hier bewußtlos zusammen. Hausbewohner rissen ihm dann die Kleider vom Leibe und löschten die Flammen. Der Verunglückte hatte schwere Brandwunden davongetragen.

Von einem Krankenwagen überfahren wurden am Montagnachmittag bald nach 4 Uhr an der Ecke der Königsberger- und Gubenerstraße zwei Kinder, die 4 Jahre alte Tochter des Kohlenhändlers Hoffmann und die 9 Jahre alte Tochter Rosa des Arbeiters Träbukeit, beide aus der Thaerstraße 62. Beide Kinder wollten nach dem Park an der Memelerstraße, der früheren Weberwiese, gehen und hatten sich angefaßt, während sie die Frankfurter Allee überschritten. Auf dem Straßendamm mußten sie einer elektrischen Bahn ausweichen, als in demselben Augenblick ein Krankenwagen kam, in den die Mädchen nun kopflos hineinliefen. Der Kutscher hielt sofort an, konnte aber nicht verhindern, daß die Kinder Quetschungen der Oberschenkel erlitten. Vorübergehende Leute brachten die mehr vor Angst erschöpften, als verwundeten Kleinen nach der Rettungswache I in der Frankfurter Allee.

Zu erschießen versuchte sich am Montagabend um 8 Uhr ein 80jähriger Greis, der Hospitalit Adolf Kienow aus dem Kaiser Wilhelm- und Kaiserin Augusta-Hospital. K. ist gelähmt und infolgedessen lebensüberdrüssig geworden. Aus einem Revolver schoß er sich eine Kugel hinter dem linken Ohr in den Kopf.

Aus dem Fenster gestürzt ist am Montagnachmittag um 4 Uhr die 89 Jahre alte Wittwe Eleonore Reimer aus der Richthofenstraße 31, wo sie im ersten Stock bei ihrem Sohn, einem Lehrer, wohnte. Die Greisin war infolge ihres hohen Alters nicht immer bei klarer Ueberlegung, machte sich an einem Fenster zu thun und stürzte aus Unvorsichtigkeit auf den Hof hinab. Ein Arzt von der Rettungswache I in der Frankfurter Allee 95 leistete die erste Hilfe; dann brachte ein Lückischer Wagen die Verunglückte, die außer einem Bruch beider Beine schwere innere Verletzungen davongetragen hatte, nach einem Krankenhaus. Beim Eintreffen daselbst war aber der Tod bereits eingetreten.

Aussteuer-Stiftung. Aus der unter Verwaltung der städtischen Stiftungs-Deputation stehenden Therese Wolffschen Stiftung sollen an zwei in Berlin ortsangehörige unbescholtene Mädchen, von denen eins christlicher, das andre jüdischer Religion sein sollen, je 600 M. als Aussteuer zu ihrer Verheiratung gezahlt werden. Bewerberinnen haben ihre Gesuche bis zu 30. September spätens bei der städtischen Stiftungs-Deputation, Positr. 16, Zimmer 48, einzureichen. Den Gesuchen sind beizufügen: der Geburtsschein und ein polizeiliches Führungsattest der Bewerberin sowohl wie des Bräutigams derselben; ferner ein Attest des Bezirksvorstehers über die Erwerbs- und Vermögensverhältnisse des Bräutigams und dessen Eltern, sowie ein gleiches Attest über die Erwerbs- und Vermögensverhältnisse der Bewerberin und ihrer Eltern. — Die Aussteuer wird an die Beneftziatinnen nach erfolgter Eheschließung ausgezahlt.

Schwere Brandwunden erlitt das 18jährige Dienstmädchen Martha Stavonek in der Feilnerstr. 1 bei einem Zimmerbrande, der Montagabend 9 Uhr die Feuerwehr alarmierte. Das Mädchen war, jedenfalls aus Unvorsichtigkeit, mit der Stubenlampe den Betten zu nahe gekommen, so daß diese Feuer fingen. Bei den Bemühungen, die Flammen zu ersticken, gerieten auch die Kleider des Mädchens in Brand. Wenn dieselben nun auch durch herbeieilende Hausbewohner rasch erstickt werden konnten, hatte die Stavonek doch bereits schwere Brandwunden an den Füßen und Beinen davongetragen. Der Brand beschädigte außer den Betten auch Möbel und Kleidungsstücke und wurde von der Wehr abgelöscht. Vorher erfolgte Pücklerstr. 7 ein Dachstuhlbrand, der einen wesentlichen Teil des Dachstuhls einäscherte. Unfug am öffentlichen Feuermelder verursachte gegen Mitternacht einen Alarm nach der Burgsdorffstraße. Berücksichtigt man, daß die Hitze der letzten Wochen so wie so infolge niedergedrückten Rauchs, blinden Lärms usw. zahlreiche Alarmierungen herbeiführte, so ist es umsomehr zu verurteilen, daß sich immer noch leichtsinnige Burschen finden, die durch ihren Unfug der Wehr unnütze Belästigungen verursachen. Wie in den meisten derartigen Fällen wurde leider auch diesmal der Thäter nicht erwischt.

Aus den Nachbarorten.

Der Majestätsbeleidigungs-Prozeß, bei dem der Gastwirt Schoel in Rixdorf gegen den Soldaten Schmidt die Denunziantenrolle spielte, hat in Rixdorf eine große Erregung hervorgerufen. An den letzten Abenden waren die Ansammlungen vor dem Lokal des Denunzianten, Falk- und Prinz Handjerystraßen-Ecke, so zahlreich, daß die Polizei mit starkem Aufgebot vorgestern die Menge auseinandertreiben mußte, wobei es zu Verhaftungen kam.

Auf einer Automobilfahrt schwer verunglückt ist auf der Zossener Chaussee der in Charlottenburg wohnhafte Maschinenmeister Rudolf Götz. G. ein älterer Mann, der in früheren Jahren ein leidenschaftlicher Radfahrer war und sich dann dem Automobilsport widmete, fuhr mit seinem Motor gegen einen Steinhaufen an. Er wurde durch den heftigen Anprall aus dem Fahrzeug herausgeschleudert und fiel so unglücklich auf die kleinen spitzen, zum Ausbessern der Chaussee benutzten Steine, daß er sich, außer einem doppelten Armbruch, mehrere stark blutende Wunden am Halse und an der Stirn zuzog. Der Schwerverletzte wurde nach Anlegung eines Notverbandes in ein Krankenhaus gebracht.

Die Gemeinde Lichtenberg hat das dortige Wasserwerk, welches bisher im Besitze einer Privatgesellschaft war, für den Betrag von 1 300 000 M. erworben. Sie beabsichtigt nun, auch den Nachbarort Friedrichsfelde mit Wasser zu versorgen. Die Friedrichsfelder sind dazu bereit, jedoch wollen sie sich nur auf eine kürzere Zeit binden. Die Vergleichsverhandlungen zwecks Abschlusses eines Vertrages zwischen den beiden Gemeinden sind noch im Gange.

Wegen Errichtung einer neuen Haltestelle der Wannseebahn in Zehlendorf hat sich eine Anzahl von dortigen Grundbesitzern unter Zeichnung bedeutender Baufummen mit einer Petition an das Eisenbahnministerium gewandt. Der neue Bahnhof soll seinen Platz an dem Uebergange der Wannseebahn über die Beerenstraße, also in dem nach Schlachtensee zu gelegenen Teile von Zehlendorf haben, da von hier aus bis zu dem alten Zehlendorfer Bahnhof eine ziemlich bedeutende Entfernung zurückzulegen ist. Augenblicklich werden die von den Petenten für die Errichtung der Haltestelle angeführten Gründe seitens der Eisenbahndirektion einer genauen Prüfung unterzogen.

Der Bau des neuen Teltower Bahnhofs, welcher seinen Platz an der von Teltow nach Heinersdorf führenden Chaussee erhält, ist so weit vorgeschritten, daß das Stationsgebäude bereits im Fachwerk vollendet dasteht. Da die Arbeiten so flott vor sich gehen, ist sicher anzunehmen, daß mit Beginn des neuen Winter-Fahrplans der neue Bahnhof dem Verkehr übergeben wird. Zu den Baukosten hat die Stadt Berlin 3000 M. bewilligt und diese Summe bereits an die Teltower Kämmereikasse abführen lassen.

Schöneberg. Zu der bereits veröffentlichten und auch von uns seiner Zeit besprochenen neuen Straßenpolizei-Verordnung, die sich auch auf eine Einschränkung des Straßenhandels bezieht, wird demnächst ein Nachtrag erscheinen, der die Ausdehnung des Verbots auf einige weitere Straßenzüge enthält, um dessen Herbeiführung die hiesige Stadtverordneten-Versammlung den Magistrat ersucht hatte. In der bereits publizierten Verordnung wird jeder Straßenhandel für folgende Straßen, Plätze usw. verboten: Die Kolonnenstraße von der Bahnstraße bis zur Kolonnenbrücke sowie die Eckgrundstücke der in dieselbe einmündenden Straßen, die Golzstraße von der Grunewaldstraße bis zur Neuen Winterfeldtstraße, die Akazienstraße von der Hauptstraße bis zur Grunewaldstraße, die Eisenacher- und Mühlenstraße von der Hauptstraße bis zur Belzigerstraße, die Tempelhoferstraße von der Hauptstraße bis zur Eisenbahn-Unterführung, den Kaiser Wilhelmplatz und die diesen umgebenden Straßenzüge, sämtliche Brücken und Eisenbahn-Unterführungen. Der Straßenhandel vom Wagen aus wird außerdem noch untersagt in der Hauptstraße vom Kaiser Wilhelmplatz bis zur Ringbahn, in der Grunewaldstraße von der Golzstraße bis zur Klixstraße, in der Motzstraße, der Maaßenstraße vom Winterfeldplatz bis zum Rollendorfplatz, dem Viktoria-Luisenplatz und in der Friedenauerstraße.

In Zehlendorf hat der Sturm am Sonntag der vor dem Gewitter losbrach und später der schwere Hagelschlag ganz furchtbar gewütet. Auf der Straße und in den Gärten sind mehrere Bäume umgeknickt, wobei die elektrische Beleuchtungsanlage beschädigt wurde. Am Montagabend war der Schaden noch nicht ausgebessert, infolgedessen ein Teil des Ortes in Dunkelheit gehüllt war. Die Feuerwehr hatte mehrfach zu thun, um Ueberschwemmungen zu beseitigen.

Nette Zustände. Am Freitag, den 19. d. M., in den ersten Nachmittagsstunden, erhängte sich auf der gegenüber von Rahnsdorf im Müggelsee gelegenen kleinen Insel Helgoland der Gr. Frankfurterstraße wohnende 23jährige Buchdruckerei-Arbeiter Julius T. Die Leiche wurde wenige Minuten später aufgefunden und abgeschnitten. Trotzdem nun der Vorfall sofort dem Gemeindevorsteher in Rahnsdorf gemeldet wurde, auch ein Gendarm dem Toten die in den Taschen befindlichen Papiere abnahm, lag die Leiche noch am Dienstag am Fundort auf der Erde. Am Sonntag fand eine große Anzahl von Berliner Ausflüglern ein besonderes Vergnügen daran, das die Leiche bedeckende Laub wegzuscharren, und sich an dem gräßlichen Anblick zu weiden. Der Grund, daß die Leiche fünf Tage — vorausgesetzt, daß dieselbe am Dienstag abgeholt werden sollte — im Freien liegen mußte, ist darin zu suchen, daß die Meldung nicht dem zuständigen Amtsvorsteher in Grünau, sondern dem Amte, zu welchem Rahnsdorf gehört, überbracht wurde, welch letzteres erst am Montag die Meldung nach Grünau weitergab. Eine Benachrichtigung der Angehörigen war bis Dienstag nicht erfolgt, weil das Telephon versagte. So geschehen im Jahre 1901 nicht etwa im innersten Afrika, sondern in belebter Gegend ca. 2 Meilen von Berlin.

Gerichts-Zeitung.

Vom Kampf gegen die Polen. Neun polnische Damen, Frau Redacteur Dombeck und Genossen aus Beuthen, waren wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes zu Geldstrafen verurteilt worden. Soweit sie dem Vorstande eines Beuthener Frauenvereins angehören, wurde ihnen zur Last gelegt, daß sie nach der im Juni v. J. erfolgten Vereinsgründung die Statuten und das Mitgliederverzeichnis nicht der Polizei eingereicht hatten, obwohl der Verein auf öffentliche Angelegenheiten einzuwirken bezwecke. Ferner sollten sich die Angeklagten gegen die §§ 9 und 19 des Vereinsgesetzes durch Veranstaltung und Teilnahme an einer öffentlichen Versammlung unter freiem Himmel vergangen haben. Diese „Versammlung" war eine Zusammenkunft von zwölf Frauen in einem Garten, wo aus einem polnischen Buche über das Brotbacken und aus einem andern Buche einige polnische Gedichte vorgelesen worden waren. — Das Landgericht verwarf die Berufung der Angeklagten mit folgender interessanten Begründung: Nach seinen polnisch abgefaßten Satzungen bezwecke der Frauenverein die gemeinsame Fortbildung und Belehrung seiner Mitglieder in Haushaltsangelegenheiten, sowie in geistiger Hinsicht durch Schaffung eines Lesezirkels. In allen Versammlungen des Vereins, die meist im katholischen Vereinshause stattfanden, sei nur polnisch gesprochen worden, zum Beispiel über Waschen, Nähen, Kindererziehung und über die Erhaltung und Verbreitung der polnischen Muttersprache. Auch habe man polnische Gedichte vorgelesen und einmal das Lied: „Unser ganzes schönes Polen" gesungen. Stifterin des Vereins sei Maria Dombeck, deren Mann eine Zeitung mit entschieden großpolnischer, antideutscher Tendenz leite. Bei Gründung des Vereins sei sie offenbar von ihrem Ehemann nicht nur unterstützt, sondern auch inspiriert worden. Weiter sei bei der Gründung mitbeteiligt gewesen das Mitglied Frau Palacz, die Gattin eines andren großpolnischen Agitators. Es wäre verwunderlich, wenn diese vier Personen den Verein nicht mit ihrem Geist durchtränkt hätten. Es müsse angenommen werden, daß der Verein bezwecke, die großpolnische Agitation mit dem Endziel der Losreißung der polnischen Landesteile von Preußen und der Begründung eines selbständigen Polenstaates zu fördern. Dazu diene ihm u. a. die Pflege der Muttersprache. Wer hier ein polnisches Gedicht vortrage, und möge es auch ein lyrisches sein, der thue es nicht aus rein ästhetischen Gründen, sondern verfolge damit zugleich einen politischen Zweck. Sei der Verein nach alledem ein solcher, der auf öffentliche Angelegenheiten

einwirken wolle, dann hätten die Statuten und das Mitgliederverzeichnis binnen drei Tagen eingereicht werden müssen. Und die Garten-Versammlung vom 26. August sei eine der Genehmigung bedürftige öffentliche Versammlung unter freiem Himmel gewesen, denn aus einer Einladung in der Zeitung sei zu entnehmen, daß jedermann Zutritt gehabt hätte. Darum sei auch die Bestrafung aus den §§ 9 und 19 des Vereinsgesetzes gerechtfertigt.

Auf die Revision von sieben der verurteilten Frauen hob der Strafsenat des Kammergerichts die Vorentscheidung auf, verwies die Sache an das Landgericht zurück, soweit die Versammlung in Betracht kommt, und sprach die Vorstandsmitglieder von der Anklage des Vergehens gegen die §§ 2 und 13 des Vereinsgesetzes frei. Begründend wurde ausgeführt: Nach den Feststellungen des Vorderrichters sei der Verein im Juni 1900 begründet worden. Wenn sich nun die Angeklagten wirklich nach den §§ 2 und 13 des Vereinsgesetzes durch Nichteinreichung der Statuten und des Mitgliederverzeichnisses strafbar gemacht hätten, dann sei doch am 3. Oktober spätestens die Straftat verjährt gewesen. Die Einreichung hätte binnen drei Tagen nach der Stiftung des Vereins erfolgen müssen und mit Ablauf des dritten Tages beginne die Verjährungsfrist. Da die erste richterliche Handlung erst am 15. Oktober erfolgt sei, so müsse die Anklage gegen die §§ 2 und 13 schon wegen Verjährung zusammenfallen. — Was die Versammlung im Garten angehe, so unterliege die Vorentscheidung auch in dieser Beziehung erheblichen Bedenken. Es frage sich, ob es sich bei dieser Zusammenkunft von 12 Damen, die erst im Hause geplant war, dann aber im Garten erfolgte, nicht bloß um eine Gesellschaft handelte. Das Landgericht müsse dies noch näher nachprüfen.

Der Schlußakt eines galanten Abenteuers spielte sich gestern vor der ersten Ferien-Strafkammer am Landgericht II. ab. Unter der Beschuldigung des Diebstahls stand die Frau Mathilde Schiel auf der Anklagebank. Wie die Beweisaufnahme ergab, befand sich der Rechnungsrat Gerling, der in Friedrichshagen wohnt, am Abend des 23. Februar d. J. in dem Lokal von Lerche daselbst. Er befand sich bereits in etwas vorgerückter Stimmung, als er das Lokal verließ. Im Eingang begegnete er der Angeklagten, die den Eindruck einer recht respektablen Dame macht, obwohl sie schon oft wegen Diebstahls, wegen Sittenvergehens und auch schon mit Korrektionshaft vorbestraft ist. Er frug die Dame, ob sie auch ein Glas Bier trinken wolle, und da sie zur Antwort gab: „Ja, wenn Sie eins bezahlen!“ so ging er mit ihr in das Lokal zurück. Dort bestellte er Bier und plauderte mit der Angeklagten. Diese mißbrauchte aber seine Gastfreundschaft. Sie trank wie ein Sieb und bestellte immer teurere Getränke. Der Herr Gastgeber war nicht umsonst „Rechnungsrat“, er monierte die Etatsüberschreitungen der „Dame“ auf seine Kosten und setzte sich schließlich an einen andern Tisch. Als er einmal hinaus ging, folgte ihm Frau Sch. und wußte ihn durch Liebenswürdigkeiten zu bewegen, die Zeche zu bezahlen. Beim Bezahlen ließ er in seiner Brieftasche mehrere Tausend- und Hundert-Markscheine sehen. Er ging nun nach einem andern Lokal. Unterwegs umarmte ihn die Dame noch einmal recht stürmisch und entfernte sich danach. Als der Herr Rat in dem nächsten Lokale bezahlen wollte, vermißte er seine Brieftasche, die er in die Brusttasche seiner Jagdjoppe gesteckt hatte. Dieselbe enthielt 5200 M. Er machte sofort einem Gendarmen Mitteilung, dem es aber erst nach einigen Tagen gelang, die mutmaßliche Diebin zu ermitteln. Das gestohlene Geld wurde bei ihr nicht gefunden. Da sie sich aber in der Folge durch größere Ausgaben verdächtig machte, so wurde sie doch unter Anklage gestellt und heute trotz ihres Leugnens zu einem Jahre Gefängnis verurteilt. Auch ordnete der Gerichtshof die sofortige Verhaftung der Verurteilten an. Kaum war dieselbe abgeführt worden, so erstattete ein Gendarm dem Vorsitzenden die Meldung, die Verurteilte habe soeben auf dem Korridor ihrem gegenwärtigen Liebhaber, mit dem sie jetzt in Karlshorst zusammenwohnt, zugerufen: „Verwahre mir ja meine Sachen gut!“ Diese Mahnung sei von einem bezeichnenden Blick begleitet gewesen. Der Vorsitzende erteilte nun dem Gendarmen den Auftrag, auf dem schnellsten Wege nach Karlshorst hinauszufahren und unter Zuziehung des Amtsvorstehers eine nochmalige genaue Durchsuchung der Wohnung der Angeklagten vorzunehmen, weil dort vielleicht noch ein Teil der Beute zu finden sei.

Unvorsichtiges Vorbeifahren an Haltestellen der Pferdebahn hat wieder einen schweren Unglücksfall herbeigeführt, welcher gestern vor der neunten Ferien-Strafkammer des Landgerichts I zur Verhandlung stand. Am Vormittage des 21. März hielt ein von Weitzensee kommender Pferdebahnwagen an der Haltestelle am Eingang der Neuen Königstraße. Ein 12jähriger Knabe verließ, seine 4jährige Schwester mit sich schleppend, den Pferdebahnwagen und wollte den Bürgersteig erreichen. In diesem Augenblick kam der Fuhrmann Wilhelm Schätteler mit einem schweren Wagen angefahren. Er fuhr im schnellen Trabe und unterhielt sich mit dem neben ihm sitzenden Mitfahrer. So kam es, daß Schätteler auf den vor ihm liegenden Weg nicht achtete. Er überfuhr beide Kinder. An dem Knaben gingen die Räder dicht vorüber, das Mädchen wurde auf der Stelle getötet. Schätteler erhielt die Anklage wegen fahrlässiger Tötung. Er behauptete, daß die Kinder seitwärts in seinen Wagen hineingelaufen seien, sein Verschulden wurde aber durch die Beweisaufnahme so zweifellos erwiesen, daß der Gerichtshof über das vom Staatsanwalt beantragte Strafmaß von sechs Monaten Gefängnis hinausging und auf neun Monate Gefängnis erkannte.

Der unter dem Verdacht des Mordes in Haft befindliche ehemalige Postschaffner Carl Stern wird sich demnächst vor dem Landgericht II wegen schwerer Sittlichkeitsverbrechen zu verantworten haben. Er ist beschuldigt, seit Jahr und Tag mit der 12jährigen Else Siegert, der Tochter eines Arbeiters aus Schönerlinde, in unsittlichem Verkehr gestanden und dabei in der Mutter des Mädchens eine Beihilfe gefunden zu haben. Die letztere steht deshalb unter der Anklage der schweren Kuppelei. Der von Stern verfaßte viele Seiten lange Schriftsatz, den er zu seiner Verteidigung eingereicht hat, läßt in einen wahren Abgrund von sittlicher Verworfenheit blicken. Revolver und Gift spielen in seinen Erzählungen eine Hauptrolle, er behauptet, daß er von einer in Schönerlinde wohnenden Frau angestiftet worden sei, seine in Berlin wohnende Ehefrau mit Strychnin zu vergiften, er habe sich zur Ausführung dieses Verbrechens aber nicht entschließen können. Einmal sei er schon, mit dem Gifte versehen, auf der Treppe zu der Wohnung seiner Ehefrau gewesen, dann aber wieder umgekehrt. Rechtsanwalt Caro, der den Angeklagten Stern auch in der Mordsache, die vor dem Schwurgericht zu Prenzlau verhandelt werden wird, vertritt, hat beim Gericht den Antrag gestellt, Stern auf seinen Geisteszustand untersuchen zu lassen. Er weist darauf hin, daß Stern bereits vor Jahren sich in der Irrenanstalt zu Eberswalde befand und daß sein ganzes späteres verbrecherisches Treiben dafür spricht, daß man es mit einem geistig nicht normalen Menschen zu thun hat.

Versammlungen.

Die Gas-, Wasser- und Heizungs-Rohrleger und Helfer hielten am 14. Juli im Gewerkschaftshause eine gut besuchte Versammlung ab. Der Obmann der Agitations-Kommission, Karpenkiel, gab den halbjährigen Rechenschaftsbericht. Die Kommission hatte im verflossenen halbe.. Jahre an 61 Werkstattsitzungen teilzunehmen, welche sich zur Agitation für den Verband gestaltet haben und teilweise von gutem Erfolg begleitet waren. — Als die Ersatzwahlen zur Kommission vorgenommen werden sollten, wurde nach lebhafter Debatte beschlossen, daß die Kommissionsmitglieder auch politisch organisiert sein müssen. Die Wahl selbst wurde vertagt.

Der Verband des technischen Bühnenpersonals nahm in seiner Mitgliederversammlung am 20. d. M. den Kassenbericht vom II. Quartal entgegen. Derselbe ergab eine Einnahme incl. des alten Bestandes von 891,78 M., Ausgabe 271,98 M., bleibt Bestand 119,80 M. Auf Antrag der Revisoren wurde der Kassierer entlastet. Die Mitgliederzahl beträgt jetzt 208. Im Arbeitsnachweis meldeten sich 6 Kollegen, denselben konnte jedoch wegen der Sommerferien in den Theatern keine Beschäftigung nachgewiesen werden. Mehrere beabsichtigte Versammlungen für einzelne Theater, in denen Mißstände herrschen, sollen erst zu Beginn der Spielzeit einberufen werden, da in den betreffenden Theatern das Personal sehr vermindert ist und jetzt ein Vorgehen zwecklos wäre.

Der Unterstützungsverein der Kupferschmiede, Filiale Berlin, hielt am 20. Juli eine Generalversammlung ab. Der Kassierer erstattete Bericht. Nach demselben betrugen die Einnahmen der Centralkasse 2756,46 M., die Ausgaben 2429,26 M., Ueberschuß 323,20 M. Die Filialkasse hat eine Einnahme von 1351,35 M., eine Ausgabe von 697,76 M., es blieb ein Bestand von 653,59 M. Die Zahl der Mitglieder betrug 386. Der Kassierer wurde entlastet. In betreff des Hamburger Streiks teilte der Vorsitzende mit, daß nach einer Zuschrift aus Hamburg die Aussichten auf Erfolg heute noch dieselben sind wie zu Anfang der Bewegung. Die Bemühungen der Arbeitgeber, Arbeitswillige heranzuziehen, haben wenig Erfolg gehabt, von der hannoverschen Fachschule sollten 30 Fachschüler während ihrer Ferien Streikbrecherdienste leisten, es haben jedoch nur 5 angefangen, außer diesen sind 2 Streikende abtrünnig geworden und aus Berlin hat sich ein nicht organisierter Kupferschmied als Arbeitswilliger anwerben lassen. Zu unterstützen sind noch 124 Streikende. Hierauf hielt Genosse Schlegel einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über die wirtschaftliche Krisis und welche Aufgaben erwachsen den Gewerkschaften. Nachdem noch auf die Bewegung der Tabakarbeiter hingewiesen und ersucht wurde, keinen Tabak aus boykottierten Fabriken zu kaufen, erfolgte Schluß der Versammlung.

Rixdorf. In seiner am 17. d. M. bei Klemke, Bergstr. 137, stattgehabten Versammlung nahm der Deutsche Holzarbeiter-Verband der Zahlstelle Rixdorf den Kassenbericht vom 2. Quartal entgegen. Einer Einnahme von 1052,78 M. stand eine Ausgabe von 719,90 M. gegenüber, so daß ein Bestand fürs nächste Quartal von 332,88 M. verbleibt. Die Einnahme der Lokalkasse betrug 528,07 M., die Ausgabe 694,85 M., daher ein Defizit von 166,78 M. Nachdem der Kassierer entlastet wurde, erstattete der Obmann der Werkstatt-Kontrollkommission seinen Vierteljahrsbericht.

Vermischtes.

Die Todesstrafe wurde am 22. Juli gegen den 26 Jahre alten Tagelöhner Jakob Heckmann aus Eiterbach bei Heidelberg vollzogen. Heckmann hat am 20. November vorigen Jahres seine Schwägerin, die Frau des Landwirts Michael Heckmann, mit der er in einem Hause wohnte, in der Abwesenheit ihres Ehemannes in den Wald gelockt und erschossen. Das Motiv war Rachsucht. Die Schwägerin hatte ihn wegen seiner Arbeitsscheu wiederholt ausgescholten und ihn einmal wegen Diebstahls angezeigt.

Zu Tode geschleift wurde, wie aus Osnabrück gemeldet wird, in dem benachbarten Holtwick die Tochter des Landwirts Neßling. Das junge Mädchen hatte den Strick, an welchem sie eine Kuh zur Weide führte, um den Arm gewickelt. Unterwegs scheute plötzlich das Tier und ging durch, das Mädchen hinter sich her schleifend. Die Unglückliche erlitt so schwere Verletzungen am ganzen Körper, daß sie bald darauf verstarb.

Ueber ein schweres Unwetter wird dem „Fränkischen Kurier“ aus Bamberg gemeldet: Am Montagnachmittag wurden durch wolkenbruchartige Hagelwetter die Gemarkungen im westlichen Vorlande des Jura schwer beschädigt. Die Einwohner mußten mit den Haustieren die Dachböden aufsuchen. Stellenweise ist die ganze Ernte vernichtet. Bei Strullendorf unterwuschen die Fluten derartig den Bahnkörper, daß der Verkehr für längere Zeit gesperrt und zur Zeit auf ein Geleise beschränkt ist.

Die Hitze. Meldungen aus Kentucky, Missourri, Jowa, Illinois, Indiana und Ohio weisen die größte Hitze auf, welche bisher in jenen Staaten dagewesen. Aus Kansas-City und Missouri werden zwanzig Todesfälle gemeldet. Die Maisernte in Kansas wird jetzt auf nur ein Viertel, nicht wie bisher auf die Hälfte, einer Durchschnittsernte geschätzt. Am Montag sind im Westen, in der Mitte und im Norden des Staats Missouri reichliche Regenfälle niedergegangen, die für die Farmer von unschätzbarem Werte sind.

Arbeiterrisiko. In Köln stürzte am Dienstagvormittag bei dem Neubau an der Breitenstraße das Kellergewölbe ein; mehrere Arbeiter wurden unter den Trümmern begraben. Nach angestrengter Thätigkeit der Feuerwehr wurde bisher ein Maurer tot hervorgeholt. In Bernburg stürzten von der Altstädter Kirche drei Dachdecker ab, und zwar Vater, Sohn und Neffe. Ersterer war sofort tot, die beiden andern starben im Krankenhaus. Im Kreuzschacht der Königsgrube in Königshütte wurden der Grubenpraktikant Herrmann und der Oberhäuer Heidissek von herabstürzenden Kohlen erschlagen.

Ein Petroleumschiff explodiert. Aus Stockholm wird berichtet, daß dort am Dienstagvormittag ein Petroleumtankschiff von 5000 Tonnen Ladefähigkeit explodiert ist. Es ist der amerikanische Dreimaster „Louise Adelaide“. Als die schreckliche Katastrophe eintrat, befand sich gerade die Zollrevision an Bord. Bei dem Unfall kamen zehn Matrosen, vier Zollbeamte und ein Schiffsmakler ums Leben. Das Petroleum brannte auf dem Wasser weiter und brachte die übrigen Schiffe sowie eine Schiffswerft in große Gefahr. Zum Glück konnte weiteres Unheil abgelenkt werden.

Die Leiche eines Verunglückten entdeckte, wie aus Garmisch berichtet wird, der Buchdruckereibesitzer Adam beim Aufstieg auf den großen Waxenstein. Allem Anschein nach dürfte es der seit einem Jahre vermißte Regierungsaccessist Sand sein, der vor einem Jahre allein eine Tour auf den Waxenstein unternommen, von der er nicht mehr zurückkehrte.

Ein eigentümlicher Gebrauch wird aus Scherweiler (Kreis Schlettstadt) gemeldet: Die für die Nachkirmes angekündigten drei Tänze für Wilddiebe wurden, wie der „Els. Volksbote“ mitteilt, thatsächlich zum Gaudium aller Anwesenden durchgeführt. Ueber den Köpfen der Tanzenden hing ein Hasenfell. Man sagt, daß viele, die dieses edle Gewerbe noch nie betrieben haben, trotzdem die Tänze mitmachten, um nicht als Feiglinge zurückzustehen. Die Polizei, die diesem interessanten Schauspiel ebenfalls zusah, hat sich jedenfalls die verwegensten Gesichter gemerkt. Im allgemeinen jedoch trug die ganze Veranstaltung den Charakter eines gelungenen Scherzes, bei dem sich jedermann weidlich amüsierte.

Ein schweres Verbrechen ist am Abend des 20. Juli an dem sechsjährigen Töchterchen des Bergmanns Honigmann aus Bischofsrode in der Nähe von Bischofsrode von zwei Landstreichern verübt worden. Die Leiche des Kindes wurde am nächsten Vormittag in einem Haferfelde aufgefunden. Als Mörder ist, wie die „Eisleber Zeitung“ meldet, der Arbeiter Lange, der bei dem Bergmann wohnte, ermittelt und dem Amtsgericht eingeliefert worden. Der Mörder, der verheiratet und Vater dreier Kinder ist, aber von seiner Frau getrennt lebt, wohnte im Hause Honigmanns. Wie er behauptet, hat er sich mit Frau Honigmann entzweit und ist so auf den Gedanken gekommen, der Familie H. einen „Schur zu thun“. Er habe das Kind mit sich in den Wald genommen, dann hätte er es nach dem Haferfelde geschleppt, ihm den Mund zugestopft und es erwürgt. Der Verdacht hatte sich auf die Person des Mörders dadurch gerichtet, daß er von einer Dorfbewohnerin mit dem Kinde gesehen worden war, und daß er nachher ohne das Mädchen zurückgekommen ist.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet am Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7—9 Uhr abends statt.

H. G. 1. 1. Nein. 2. Die Mädchen müssen eine Prüfung bestehen. 3. An die Ober-Postdirektion.

G. W. Wenden Sie sich in Pankow an die Direktion. Eventuell zahlt die Armendirektion und wird Ihnen Ratenzahlung zugestanden.

Budapest. S. R. 39. Ein Buch, nach dem man sich in Krankheitsfällen selbst behandeln kann, giebt es weder für Ihre, noch für sonst eine Krankheit. Ohne den Rat eines tüchtigen Arztes geht es in Ihrem Falle nicht. Das Buch „Die Lungenschwindsucht“ können Sie durch die Buchhandlung Vorwärts, Berlin, beziehen.

H. K. Hierüber können wir nähere Auskunft nicht erteilen. Die Adressen finden Sie Adreßkalender zweiter Teil, S. 164. — **L. G. 1a.** Ist die Unterstützung für Sie und nicht für das Mädchen gewährt, so ist Ihnen das Wahlrecht für dieses Jahr verloren gegangen, sonst nicht. — Die Mitteilung betreffs des Waisenhauses ist einem Stadtverordneten zu weiteren Maßnahmen übermittelt. — **Ratzug 97.** Solches Institut ist uns nicht bekannt. Im übrigen müssen wir einen Rat ablehnen und Ihnen anheimstellen, sich an einen Arzt zu wenden. — **Lichtenberg.** Ja. — **A. B. 42.** 1. Der Kaiser. 2. Ja. 3. Nein. 4. 57. 5. Das wäre ja ein Hauspascha schlimmster Art. — **S. D. 8888.** 1. 270 Mark. 2. Wenn es im Statut steht, ja, sonst nicht. 3. Die Pferde sind fiskalisches Eigentum. 4. Richten Sie Ihre Anfrage direkt an den Magistrat. 5. 2,50 Mark. — **R. 10.** B. hat, falls nicht etwa das von ihrer Mutter unterschriebene Schriftstück Gegenteiliges vereinbart, nichts zu verlangen. Sie können beim Amtsgericht auf Zahlung des einbehaltenen Erlöses klagen. — **Wettende 59.** Von vollendetem 21. Lebensjahre ab ist elterliche Genehmigung zur Heirat nicht erforderlich. Die Heiratsfähigkeit des Mädchens beginnt mit vollendetem 16., die des Mannes mit erreichter Volljährigkeit. Dem Mädchen kann Dispens erteilt werden, so daß es schon früher heiraten kann, dem Manne nicht. — **L. I. St.** Die Kündigung ist für beide Eheleute gültig. — **Alter Abonnent.** Falls im Vertrage nichts Gegenteiliges ausgemacht ist, hat der Wirt und nicht Sie die Glasversicherung zu tragen. — **F. K. 2.** Die Erlaubnis kann Ihnen unter diesen Umständen versagt werden. Aber die Versagung ist unwahrscheinlich. — **101 B.** Sind mindestens 200 Marken geklebt, so hat die Witwe ein Recht auf Rückzahlung der Hälfte des Betrages der Marken, falls ihr Mann verstorben ist, ohne daß ihm eine Invalidenrente bewilligt war. — — **Rogge.** Beides ist zulässig. — **Lorant R., Budapest.** Schriftliche Antwort zu erteilen, lehnen wir ab. Der Uebertritt ist zulässig. — **A. W. 1901.** Leider hat Ihre Berufung keine Aussicht auf Erfolg. Sie können alles anführen, was Ihres Erachtens gegen die Glaubwürdigkeit des Zeugen spricht. Das Gericht kann ihm dennoch Glauben schenken. — **H. H., Schlosser.** Sie können als Beistand Ihrer Ehefrau auftreten und können wegen der Ihrer Ehefrau zugefügten Beleidigungen Widerklage erheben. Die Widerklage muß vor Schluß der ersten Instanz erhoben sein. — **D. 24.** Sie leben in getrennten Gütern. Ein Beispiel zur Ausschließung der Verwaltung usw. finden Sie in dem dem Arbeiterrecht angehängten Führer durch das B. G. S. 225 Nr. 22 und 23. Zuständig ist in Ihrem Fall das Amtsgericht Spandau. — **H. Z.** Nein. — **Petersburg.** Die Reichsbank steht unter Aufsicht und Leitung des Reichs. Sie hat die Aufgabe, den Geldumlauf im gesamten Reichsgebiet zu regeln, die Zahlungsausgleichungen zu erleichtern und für die Nutzbarmachung verfügbaren Kapitals zu sorgen. Diesen Zwecken dient sie hauptsächlich durch den Geld-Giro-Verkehr, durch Wechseldiskontierung und durch Lombardverkehr (Gewährung von zinsbaren Darlehen gegen Pfänder). Ferner übernimmt sie die Verwahrung und Verwaltung von Wertgegenständen und führt als Reichs-Hauptkasse die Centralkassengeschäfte des Reiches. Die Anteilseigner des Grundkapitals der Reichsbank sind Privatleute. Das Reichsbankdirektorium besteht aus Reichsbeamten. Die Anteilseigner sind in der Generalversammlung und durch einen aus ihrer Mitte gewählten Centralausschuß vertreten. — **O. 100.** Nein — **J. R., Bredowstraße.** Nein: eine Ehe zwischen Stiefvater und Stieftochter ist verboten. — **U. K. 119.** Geringe körperliche Fehler, welche möglicherweise zur Dienstuntauglichkeit führen können; deshalb auf 1 Jahr zurückgestellt. — **C. Sch. 2.** Die Beleidigungsklage wäre keineswegs ohne Aussicht auf Erfolg. Ihr Mündel kann ohne Ihren Beistand klagen, weil sie über 18 Jahre alt ist. — **Ch. A. N.** Sie könnten lediglich auf Rückgabe und nur dann auf Schadenersatz klagen, wenn Sie den schwierigen Beweis führen, daß das Bett minderwertig geworden ist. — **Scheidung 100.** Erscheint Ihre Frau nicht, so wird neuer Termin, etwa auf den Dezember anberaumt. Dann wird verhandelt. Ein Antrag, das persönliche Erscheinen Ihrer Frau durch Geldstrafe zum zweiten Termin zu erzwingen, ist zulässig, aber zwecklos. — **F. S. 100.** 1. Eine Klage würde nichts nützen, da Lysol-Geruch nicht gesundheitsgefährlich ist und Chikane nicht vorliegt. 2. Es steht dem Gericht frei, einem Knaben von 13 Jahren, wiewohl dieser nicht beeidigt werden kann, vollen Glauben zu schenken. — **R. Sch., Lchtbg.** Das erste Bataillon liegt in Saarburg, das zweite in Bischofsburg. — **Friedrichsberg.** Ja.

Marktpreise von Berlin am 22. Juli 1901

nach Ermittlungen des kgl. Polizeipräsidiums.

Weizen, gut	D.-Ctr.	—,—	—,—	Kartoffeln, neue, D.-Ctr.		12 —	6 —
„ mittel	„	—,—	—,—	Rindfleisch, Keule 1 kg		1,60	1 20
„ gering	„	—,—	—,—	do. Bauch	„	1,30	1 —
Roggen, gut	„	—,—	—,—	Schweinefleisch	„	1,60	1,20
„ mittel	„	—,—	—,—	Kalbfleisch	„	1,60	1,10
„ gering	„	—,—	—,—	Hammelfleisch	„	1,60	1,10
*Gerste, gut	„	16,—	14,90	Butter	„	2,60	2,—
„ mittel	„	14,80	13,70	Eier	60 Stück	4,—	2,40
„ gering	„	13,60	12,50	Karpfen	1 kg	2,—	—
*Hafer, gut	„	16,40	15,70	Aale	„	3,—	1,40
„ mittel	„	15,60	14,90	Zander	„	2 60	1,20
„ gering	„	14,80	14,10	Hechte	„	2,40	1,20
Richtstroh	„	—,—	—,—	Barsche	„	1,80	0,80
Heu	„	—,—	—,—	Schleie	„	2,40	1,20
Erbsen	„	40,—	25,—	Bleie	„	1,20	0,80
Speisebohnen	„	45,—	25,—	Krebse	per Schock	18,—	3,—
Linsen	„	65,—	30,—				

*) Frei Wagen und ab Bahn.

Produktenmarkt vom 23. Juli. Am heutigen Getreidemarkte zogen die Preise anfangs stärker an, dem jedoch später ein Rückschlag folgte. Am Frühmarkte lagen verschiedene Kaufordres aus der Provinz vor. Da überdies die amerikanischen Börsen eine intensive Haussebewegung meldeten, Pest und Liverpool ebenfalls höhere Weizennotierungen sandten; setzte bei gesteigerter Nachfrage Weizen 3, Roggen 1½ M. höher ein. Mittags jedoch war die plötzlich erwachte Unternehmungslust wieder verschwunden und die Preise bröckelten langsam ab. Regenmeldungen aus Amerika und die Aussicht auf Niederschläge im Inlande ließen beide Brotartikel im Preise wieder nachgeben und zwar verlor Weizen 1 M. Roggen ½ M. gegen Frühmarktpreise. Mehl wurde 15 Pf. besser bezahlt. Hafer lag still aber fest, Mais anziehend auf Amerika. Rüböl wenig verändert.

Witterungsübersicht vom 23. Juli 1901, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemünde	758	SSO	2	bld. bed.	23	Haparanda	763	Still	—	wolkenl	21
Hamburg	759	WSW	1	wolkig	20	Petersburg	766	ONO	1	wolkenl	17
Berlin	757	Still	—	heiter	23	Cork	760	S	3	Regen	14
Frankf./M.	759	SW	2	bedeckt	18	Aberdeen	—	—	—	—	—
München	761	SW	3	bedeckt	17	Paris	761	SW	1	Nebel	16
Wien	759	SO	2	wolkig	21						

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 24. Juli 1901.

Etwas kühler, veränderlich, vielfach wolkig bei schwachen westlichen Winden und fortdauernder Gewitterneigung.

Berliner Wetterbureau.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe, unvergeßliche Frau

Anna Kamann,

geborne **Stahlberg,**

am Montag nach langem Krankenlager verschieden ist. [2560b

Die Beerdigung findet Donnerstag nachmittags 4 Uhr von der Leichenhalle des Neuen Luisen-Kirchhofs in Charlottenburg, Fürstendrummer Weg, aus statt. — Um stille Teilnahme bittet

Der trauernde Gatte
Ernst Kamann, Zimmerer,
nebst Kindern.

Todes-Anzeige.

Am 22. Juli entschlief nach schwerem Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, Bruder, Schwager und Onkel, der Steindrucker

Hermann Zink.

2551b **Die Hinterbliebenen.**

Die Beerdigung findet am Donnerstag, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Thomas-Kirchhofs aus statt.

Centralverein aller in der Hutbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

(Filiale Berlin.)

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß unser Kollege

Johann Müller

Sonnabend, den 20. d. M., verstorben ist. Die Beerdigung findet Donnerstag, den 25. d. M., nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Neuen Luisen-Kirchhofs aus statt. 2562b

Um zahlreiche Beteiligung ersucht

Der Vorstand.

Danksagung.

Für die herzliche und ehrende Teilnahme an unserm schweren Verlust dessen Dank. 2547b*

Albert u. Adolf Harndt.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, den 24. Juli.

Opernhaus. Geschlossen.
Schauspielhaus. Geschlossen.
Neues Opern-Theater (Kroll). Im Trianon-Theater: „Lebende Lieder". Anfang 8 Uhr. Im Garten: Täglich großes Konzert.
Schiller. (Wallner-Oper.) Josef in Egypten. Anfang 7½ Uhr.
Deutsches. Geschlossen.
Lessing. Letzte Nacht. Steierische Lieder. Die Mondscheinsonate. Die schlimmen Buben in der Schule. Anfang 8 Uhr.
Berliner. Geschlossen.
Residenz. Das blaue Kabinett. Anfang 8 Uhr.
Neues. Gastspiel des Meßthaler-Ensembles. Die goldene Brücke. Anfang 8 Uhr.
Westen. „Theater Charivari" (Secessions-Brettl). Anfang 8 Uhr.
Secessionsbühne. Buntes Theater: Ueberbrettl. Anf. 8 Uhr.
Central. Die Geisha. Anfang 8 Uhr.
Thalia. Geschlossen.
Carl Weiß. Die Zauberflöte. Anfang 8 Uhr.
Friedrich Wilhelmstädtisches. Specialitäten im Garten.
Belle-Alliance. Fritz Reuter. Anfang 8 Uhr.
Im Garten: Großes Gartenkonzert und „Lustiges Brettl". Anfang 6 Uhr.
Metropol. Specialitätenvorstellung. Der Zauberer am Nil. Anfang 8 Uhr.
Apollo. Specialitäten-Vorstellung. Frau Luna. Anfang 8 Uhr.
Passage-Theater. Damen-Ringkämpfe. Specialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 3 Uhr.
Passage-Panoptikum. Specialitäten-Vorstellung.
Reichshallen. Neumann-Bliemchen mit seiner Gesellschaft. Anfang 8 Uhr.
Urania. Taubenstr. 48/49. (Im Theatersaal) Abends 8 Uhr: Zu kleinen Preisen: Mittelmeerfahrten.
Invalidenstraße 57/62. Täglich abends von 5—10 Uhr: Sternwarte.

Schiller-Theater

(Wallner-Theater).

Morwitz-Oper.

Mittwochabend 7½ Uhr:
Josef in Egypten.
Oper in 3 Akten von E. H. Méhul.

Donnerstagabend 7½ Uhr:
Gastspiel Heinrich Bötel.
Die weiße Dame.

Freitagabend 7½ Uhr:
Populäre Opernvorstellung bei halben Preisen:
Die Zauberflöte.

Sonnabendabend 7½ Uhr:
100. Gastspiel Heinrich Bötel.
Der Troubadour.

Carl Weiss-Theater

Große Frankfurterstr. 132.

Letzte Opernvorstellung.
Die Zauberflöte.
Oper in 3 Akten von W. A. Mozart.
Anfang 8 Uhr.

Morgen u. folgende Tage: **Madame Bonivard.**

Im Garten: **Großes Volks- und Kinderfreudenfest. Konzert. Theater- und Specialitäten-Vorstellung.** Anfang 5 Uhr.

Metropol-Theater.

W., Behrenstrasse 55—57.

Der Zauberer am Nil.
Ausstattungsoperette in 3 Bildern
und das sensationelle Juli-
Specialitäten-Programm
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.

Urania

Tauben-Strasse 48/49.
Im Theater um 8 Uhr:
Mittelmeerfahrten.

Invalidenstr. 57/62.
Tägl. Sternwarte.

Zoologischer Garten

Heute, nachmittags 5 Uhr:
Doppel-Konzert.
Gastspiel der **Banda Municipale de Pratola.**
Dirig.: Maestro Cav. **Lorenzo Pupilla.**
Entree 1 Mark.
Von abends 6 Uhr ab **50** Pf.,
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Castans Panopticum.

Friedrichstr. 165.
Neu! Neu! Neu!
Der künstliche Mensch!
Die sensationellste Erfindung der Neuzeit!
Der „Clou" der Pariser Welt-Ausstellung.
Vorstellungen: 12 Uhr mittags, 3, 5, 6, 7 Uhr nachmittags.

Central-Theater.

Heute Anfang 8 Uhr.
Zum **704.** Mal:
Die Geisha.
Operette in 3 Akten v. Sidney Jones.
Morgen und folgende Tage:
Die Geisha.

Apollo-Theater

Vollständig neues
Specialitäten-Programm!
Frau Luna
Luftballett Grigolatis.
Anfang 8 Uhr, Sonntags 7½ Uhr.

Reichshallen

Heute und folgende Tage:
Gastsp. des altberühmten
Neumann-Bliemchen
mit seiner Gesellschaft.
(Herren Bliemchen, Horvath, Gipner, Tieck, Zimmermann, Fejdow und Ledermann.)
Anfang: Wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.
Am 1. August: Wiederbeginn der Soireen der Stettiner Sänger.

W. Noacks Theater.

Brunnenstraße 16.
Täglich: Konzert, Theater- u. Specialitäten-Vorstellung.
Novität! **Onkel Falstaff.** Novität:
Operetten-Burleske in einem Akt von Bolten-Bäckers. Musik von R. Thiele.
Im Saale: **Tanzkränzchen.**

Ostbahn-Park.

Am Küstrinerplatz. Rüdersdorferstr. 71.
Hermann Imbs.
Täglich:
Großes Konzert, Theater- u. Specialitäten-Vorstellung.

Wo amüsiert man sich grossartig?
In Schnegelsbergs Festsälen,
Hasenheide 21 und Jahnstrasse 8.
Heute: Grosser Ball und Thaler-Regen
verbunden mit **Cigarren-, Bonbon-Regen** und diversen Ueberraschungen. 14812*
Täglich: **Specialitäten-Vorstellung.** Entree frei.
Empfehle meine **Säle,** 300 und 1200 Personen fassend **(mit Bühne),** den geehrten Gewerkschaften, Vereinen, Fabriken 2c. zu Versammlungen und Festlichkeiten jeder Art. **Max Schindler.**

Max Kliems Sommer-Theater

Hasenheide 13—15. — Artistische Leitung: **Paul Mildtz.**
Täglich: [16492*
Gr. Konzert, Theater- u. Specialitäten-Vorstellung.
Jeden Montag: **Sommerfest.** — Jeden Mittwoch: **Die beliebten Kinderfeste.** — Jeden Donnerstag: **Elite-Tag.**
Die **Kaffeeküche** ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet.
2 hochelegante Kegelbahnen, Würfelbuden, Konditorei, Blumenstand 2c.
Sonntag, Montag und Donnerstag in den Sälen:
Familien-Kränzchen.

Vereinsbrauerei-Ausschank (Rixdorf).

Am Mittwoch, den 24. Juli 1901, von nachmittags 4 Uhr ab:
Grosses Kinder- und Ernte-Fest
verbunden mit **grossem Konzert und Gratis-Verlosung.**
1. Hauptgewinn: **1 goldene Damenuhr;** 2. Hauptgewinn: **1 Sportwagen. Ball 2c.,** und Hunderte von andren nützlichen Geschenken. Jedes Kind erhält 1 Mütze oder 1 Schärpe oder 1 Stocklaterne und 1 Los gratis. Bei eintretender Dunkelheit: **Fackelpolonaise, Luftballonsteigen, Feuerwerk 2c.** — Die Kaffeeküche ist von 3 Uhr ab geöffnet. — Für gute **Speisen** und **Getränke** ist bestens gesorgt. — **Entree: Erwachsene 15 Pf., Kinder 10 Pf.** 19042*
M. Berndt, Gastwirt.

Sanssouci

Im **Garten:**
Täglich:
— Hoffmanns —
Horddt. Sänger
und **Konzert.**
Anfang d. Konzerts 5 Uhr, der Soiree 7 Uhr, Wochentags 6 Uhr, d. Soiree 8 Uhr.
Entree 30 Pf.
Sonntag, Montag und Donnerstag:
Tanzkränzchen.
Wochentags Vereinsbillets gültig.
Tanz frei.

Schweizergarten

Am Königsthor. Am Friedrichshain
Täglich:
Konzert, Theater, Specialitäten-Vorstellung und Ball.
Volksbelustigungen aller Art.
Jeden Abend 10 Uhr:
Moderne Don Juans.

Puhlmanns Vaudeville-Theater

Schönhauser-Allee 148.
Täglich: **Große Theater- und Specialitäten-Vorstellung.**
Nur Kräfte ersten Ranges.
Grosser Erfolg! Grosser Erfolg!
Susanne im Bade.
Große Ausstattungsoperette.
Wochentags 5 Uhr.
Anfang: Sonntags 4 Uhr.
F. Lehmann, Direktor.

Prater-Theater

Kastanien-Allee 7/9.
Täglich:
Auf fremder Erde.
Ausstattungsstück mit Gesang und Tanz in 4 Bildern von Hugo Schulz. Auftreten der Excentric-Chansonnette Hedwig Döring, des Groteske-Komikers **Paul Cornelius,** der **Gebrüder Damm,** Akrobaten. **The Carays,** Radfahrer. **Mr. Bartlings** lebende Photographien. Konzert und Ball.
Anfang 4 Uhr. Eintritt 50 Pf.
Numerierter Platz 50 Pf.
Kalbo.

Gossmann's Konzertgarten

Kreuzbergstr. 48, an der Katzbachstraße.

Jeden Sonntag **Frei-Konzert und Ball.**
Montag und Donnerstag:
Hamburger Sänger.
Jeden Freitag:
Norddeutsche Sänger.
Entree 20 Pf.
Vorzugskarten 10 Pf.
Bei ungünstiger Witterung im Saal.
Nachher: **Kränzchen.**

Fürstenhof, Köpnickerstr. 137, (Inh.: Amandus Zöls), empfiehlt Säle, ca. 300 Personen fassend, elegant der Neuzeit entsprechend, bei soliden Bedingungen zu Kränzchen und Versammlungen. 5 Kegelbahnen.

W. Noacks Festsäle

Brunnen-Strasse No. 16.
Im **September, Oktober** und **November** sind noch **Sonnabende** an Vereine zu vergeben. [19792*

Dampfer

jed. Größe vermiete preiswert. Arrangiere mit Vereinsvorständen 2c. Dampferpartien auf Risiko. 2557b*
Keddig, Friedrichshagen.

Boykottfreien
Nordhäuser Kautabak
der Firma
Grimm & Triepel, Nordhausen,
zu haben und zu fordern in jedem Geschäfte in Berlin und Vororten speciell dünnes, mittel und dickes Gespinnst. 2532b*

Honig! Oldenb. Bienenhonig, beste Qualität, versendet 9 Pfd. netto zu 6,50 M., 5 Pfd. netto zu 4 M. fr. Nachn. Gar. Zurücknahme. **E. Reil, Nordloh, Bahnhof Augustfehn, Oldenburg.** [1918U*

An der **Michaelbrücke 1** bei der Holzmarktstraße noch zu vermieten **Fabrik-Räume:** 1940U*
I. Etage cplt. 825 Meter,
II. „ „ 325 „
III. „ 115 Meter,
IV. „ 150
in beliebigen Teilen. **Doppellicht.** Fahrstuhl, Wasserladestelle.
F. Simon, Gerichtl. Bücher-Revisor.
An der Michaelbrücke 1.

Mittwoch, den 24. Juli, abends 8 Uhr, in „Kellers Festsälen", Koppenstr. 29:

Grosse Volks-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. „Der Generalstreik in der Glasindustrie (Flaschenmacher) und wie stellt sich die Berliner Arbeiterschaft dazu". Referent: **Emil Girbig,** Geschäftsleiter. 2. Diskussion. 25445
Um zahlreichen Besuch der Berliner Arbeiterschaft ersucht
Der Einberufer.

Achtung! Bauarbeiter. Achtung!

Auf dem Bau des **Maurermeisters F. Crüger, Nonnitenerstraße 23,** wird die Steinträgerarbeit (Kolonnenführer H. Eichholz) 25 Pfennig unter den tarifmäßigen Lohn ausgeführt.
Wir ersuchen die Kollegen, diesen Bau zu meiden und den Zuzug fernzuhalten. 30/12*
Die Lohnkommission. J. A.: Karl Heidemann.

Orts-Krankenkasse der Sattler

und verwandten Gewerbe zu Berlin.
Donnerstag, 1. August 1901,
abends 8½ Uhr:
Außerordentliche General-Versammlung
der in den Wahlversammlungen vom 13. bezw. 15. Oktober gewählten Delegierten der Kassenmitglieder und Arbeitgeber
im „Gewerkschaftshaus", Engelufer 15, Saal 7, Seitenst. I.
Tages-Ordnung:
In getrennter Wahlversammlung:
a) **für die Vertreter der Arbeitgeber:** Wahl von einem Mitgliede zum Vorstand für 1901 bis 1902 und zwei Mitgliedern für 1901;
b) **für die Vertreter der Kassenmitglieder:** Wahl von einem Mitgliede zum Vorstand für 1901 bis 1902 und einem Mitgliede für 1901.
NB. Nur die mit Legitimation event. Mitgliedsbuch versehenen Vertreter haben Zutritt.
Zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Delegierten erwartet
Der Vorstand. [273/13
Alb. Hoffmann, Vorsitzender. **P. Jenner,** Schriftführer.

Für 30 Mark

fertige feine Anzüge nach Maß, für 30 Mk. f. Sommer-Paletots nach Maß, für 10-12 Mk. feine Hosen nach Maß.
Riesenstofflager
Krausenstr. 14 I, kein Laden.

Bibliothek, wie neu, Wert über 250 M., verkauft Parteigenosse für 150 M. (eventuell auch einzeln). Wichtig für Vereine. Offerten unter S. 7 an die Expedition des „Vorwärts" erbeten. 2010U*

Wilhelm Liebknechts

Kolossalbüste, sprechende Aehnlichkeit, modelliert von **Hermann Koch, Zürich III,** Lagerstraße 93. Versand franko gegen Nachnahme von **15 Mark.** [106/12*

35!! Mark!!

elegante Herren!!
Anzüge
nach Mass.
Beinkleider 12 Mk.!!
nur gute haltbare Stoffe! Garantiert tadelloser Sitz!!
Zuschneiderei und Werkstatt.
Goldstein, W., York-Strasse 51 a. d. Bülowstr.

Teilzahlung monatlich **10 M.** liefert elegante
Herren-Garderobe
nach Maß, auch bar Kasse allerbilligste Preise. Fert. Garderobe stets vorrätig.
Tomporowski, Schneidermeister, Neanderstr. 16. II.

Anzüge nach Maß für Herren u. Knaben
Größte Auswahl in in- und ausländischen Stoffen für **Paletots, Anzüge, Beinkleider** 2c. werden unter **Garantie des guten Sitzes** zu **überaus billigen Preisen** schnellstens angefertigt im Tuchgeschäft bei **A. Karle, Waldemarstr. 6.**

Holzmarktstr. 20. Bäckerei, auch für andre Zwecke zu vermieten. 1399U*

Patzenhofer Marine-Bräu,

ist ein vollmundiges Bier, aus feinstem Hopfen und edelstem Malz, von ausgezeichneter Bekömmlichkeit. [1869L*

Preis frei Haus:

30 Fl.	**M. 3,—**
½ To.	M. 3,25
⅓ To.	M. 2,65

Patzenhofer Brauerei
NO., Landsberger Allee 24—27.
NW., Strom-Straße 11/16.

Kleine Anzeigen.

Jedes Wort: 5 Pfennig. Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 3 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Beuthstr. 3 bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Teppiche mit Farbenfehlern, Fabriklagerstelle Große Frankfurterstraße 9, parterre. †33*

Kinderwagen, Sportwagen, Riesenauswahl, Bazar Baby, Invalidenstraße 160, Frankfurterstraße 115, Oranienstraße 51, Belle-Alliancestraße 107, Reinickendorferstraße 2d, e, Charlottenburg, Wilmersdorferstraße Nr. 55. Teilzahlung gestattet. 7228*

Kindernährmittel, stets frisch, offeriert zur Zeit des Brechdurchfalls zu ermäßigten Preisen. Flora-Drogerie, Paul Lemcke, Rixdorf, Kaiser Friedrichstraße 242, beim Hermannplatz. 1646b

Gärtnereihaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. †33*

Vorjährige elegante Herrenanzüge und Sommerpaletots aus feinsten Stoffen 25—30 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21 II.

Waschanzüge, Waschkleidchen, sowie Stoffsachen sehr billig. Hoffmann, Veteranenstraße 14. 1655*

Nähmaschinen und Feuer-Versicherung vermittelt Gustav Schmidt, Solmsstraße 43, Hof Keller. 8579

Nähmaschinen, Adler, Arana, Schnellnäher, Ringschiff, sowie Wasch- und Wringmaschinen auf Teilzahlung. Krieg, Skalitzerstraße 130. 7448*

Fahrräder, verfallene, bestmöglichste Gelegenheit zum Erwerb eines erstklassigen Markenrades für Herren und Damen. Spottpreise, Riesenauswahl. Leihhaus, Neue Schönhauserstraße 11. [99/18

Destillation, krankheitshalber billig verkäuflich. Rostockerstraße 12. [3512b*

Möbelkaufhaus verkauft spottbillig einzelne Möbel, sowie ganze Einrichtungen, Muschelschränke 28, echt furnierte Salonspinden 50, Trumeaux, geschliffen mit Stufe 40, Plüschtaschensofa, echtes Gestell 65. Eigne Werkstätten. Hirschowitz, Mariannenstraße 7a. 7722*

Obst-, Grünkramgeschäft mit Rolle krankheitshalber verkäuflich Kaiserstraße 8. 2556*

Parzellen am Walde, freies Land, jeder Größe bis 30 Morgen groß, billig. Mündlich. Lücke, Augustastraße 1. 2556b*

Nähmaschinenlager sämtlicher Systeme ohne Anzahlung, Woche 1,00. Lieferung sofort, Landsbergerstraße 82

Papagei-Auswahl, graue, grüne, Kugerzahns, sprechend, 25 Mark. Richter, Oranienstraße 87. 2558b*

Plätterei zu verkaufen. Näheres bei Frank, Wagnerstraße 16, Laden. *

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. †33*

Vermischte Anzeigen.

Französisch (billig) Breitestraße 5.
Englisch (billig) Breitestraße 5. *
Verpflichteter Patentanwalt Dammann, Oranienstraße 57, Moritzplatz.
Unfallsachen. Klagen, Eingaben, Reklamationen. Pupper, Siegligerstraße 65. 1939b
Augustabad. Köpnickerstraße 60. Bäder jeder Art für sämtliche Krankenkassen. 7369*
Schriftliche Arbeit jeder Art, Klagen und Gerichtssachen, Steuer-Reklamationen, Briefe, fertigt erfolgreich und billigst Franz Wildhagen, Christburgerstr. 32, Quergebäude III.
Vereinszimmer, Zahlstelle passend, Fernsprecher III 1785. J. V. Wilhelm Gaßmann, Badstraße 14.
Metallbruch aller Art kauft Broderick, Oppelnerstraße 16. 1811b
Vereinszimmer zu vergeben, auch passend für Zahlstelle. Rudolf Jurran, Naunynstraße 86. [2458b*
Rechtsbureau, Teltowerstraße stundenvierzig. Eingabengesuche, Ratserteilung. 7538*
Meyerlexikons, Brockhaus, Brehm Geschichtswerke und alle andren Bücher beleiht und kauft Hannemann, Kochstraße 56 I, Amt 4a 6944. 7568*
Elektrotechnik Abendkursus beginnt. Jackson, Alte Jakobstraße 24.
Unfallklagen, Invalidensachen, Ehepverträge, Eingabengesuche, Schutze, Bergmannstraße 107. 2253b*
Rechtsbureau. Rechtshilfe, Ratserteilung Andreasstraße Dreiundsechzig [2424b*
Fahrrad, 50,00, kauft Ratzlaff Blankenfelderstraße 28. 7578*
Kaufe Fahrrad bis 50 Mark. Offerten H. M. Postamt 54. †31
Neue Taubenbörse, Memelerstraße 9 bei Emil Reich. †34*
Anfertigung eleganter Herrengarderobe. Teilzahlung gestattet. Marcus, Kleine Frankfurterstr 20. *

Vermietungen.

Sommerwohnung. Möbliertes Zimmer mit Veranda, parterre, zum 1. August, vermietet Köster, Zehlendorf, Neuestraße 3. 7732

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.

Ein Straßenhändler verlangt. Littauerstraße 12, im Restaurant.
Kunstschlosser und Kunstschmiede auf Bronzeschmiede und Treibarbeit verlangt Nachtigall, Hollmannstraße 32.
Glasschleifer für Wagen verlangt Fruchtstraße 31. 2549b*
Maurerpolier oder tüchtigen Polierfellen mit 1000 M. sofort gesucht. Adressen Z. 7 Expedition dieser Zeitung. 2550b

Mamsells auf glatte und verschnürte Jacketts, Fruchtstraße 52, II*
Mamsells auf Jacketts verlangt Bollmann, Adolfstraße 9. 2550b
Mamsells auf Jacketts außerm Hause, 1,75—2,25 Mark. Büge, Schwedterstraße 86. 2552b*
Gesucht Strauß- und Phantasiefeder-Arbeiterinnen und Lehrmädchen verlangt sofort Schneider, Meyerstraße 8. 2554b*
Mamsells auf bessere Jacketts außer dem Hause, Preis 2—2,50, verlangt Lobstein, Hufstenstr. 31. *

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile

Es wird ein tüchtiger
Werkführer
für eine **Goldleistenfabrik gesucht,** selber muß von der Konfektion bis zur Verpackung seine Sache verstehen; der Posten ist gut und dauernd. 109/11*
Bewerber wollen ihre Offerten unter J. 765 an **Haasenstein & Vogler A.-G., Nürnberg** richten.

Verantwortlicher Redakteur: **Carl Leid** in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin.